Mittag-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus. In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Streisand, in Meseritz bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Neunundachtzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus. In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank".

Nr. 410.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 14. Juni.

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1882.

Amtliches.

Berlin, 13. Juni. Der König hat den bisherigen Hilfsarbeiter in der Schulverwaltung an der Regierung zu Düsseldorf, Professor Dr. phil. [illegible]venhagen zum Regierungs- und Schulrath ernannt. Derselbe ist der Regierung in Düsseldorf überwiesen worden.

Der König hat den Oberst-Lieutenant und Kommandeur des Rheinischen Kürassier-Regiments Nr. 8, Schenk, in den Adelstand erhoben.

Der bisherige Bank-Kassirer Schmidt zu Breslau ist zum Bank-Rendanten und zweiten Vorstandsbeamten der dortigen Reichsbank-Hauptstelle ernannt worden.

Deutscher Reichstag.

17. Sitzung.

Berlin, 13. Juni, 11 Uhr. Am Tische des Bundesraths von Bötticher, Scholz, von Mayr.

Die zweite Berathung des Gesetzentwurfs betr. das Reichstabaksmonopol wird fortgesetzt.

Abg. Richter (Hagen): Die gestrige Rede des Herrn Reichskanzlers war lediglich eine neue Auflage seiner bereits 1879 vor der Bewilligung neuer Steuern und Zölle gehaltenen Rede. Für solche Zwecke scheint sich bei ihm eine stereotype Rede herauszubilden. Darin verschwinden die neuen Steuern selbst fast vollständig. Desto mehr wird der Druck der bestehenden Steuern hervorgehoben und eine weitere Perspektive eröffnet für eine Entlastung, welche fast ohne neue Belastung möglich ist. Auf uns hat dieselbe Rede schon 1879 keinen Eindruck gemacht. Diejenigen aber, welche sich damals dadurch zur Bewilligung von 145 Millionen neuer Steuern bestimmen ließen, haben inzwischen die Erfahrung gemacht, was von solchen Perspektiven zu halten ist. Auch damals schilderte der Herr Reichskanzler den Eindruck der Klassensteuer. Es fehlte nicht die anschauliche Schilderung einer Exekution. Der Steuerexekutor, der schon damals beseitigt werden sollte, geht aber jetzt genau so umher wie damals. (Sehr gut! links.) Nach der Statistik des Herrn Reichskanzlers scheint jetzt sogar mehr exequirt werden zu müssen wie damals. Der Schluß liegt nahe, ob nicht die seitdem neu bewilligten Zölle und Steuern hiervon die Ursache sind. (Sehr richtig! links), denn die neuen Zölle belasten gerade vorzugsweise die minder wohlhabenden Klassen. Exequiren lassen sich erst diejenigen, sagt der Reichskanzler, deren Kredit bei Bäcker und Schlächter schon erschöpft ist. Gewiß. Gerade die Lebensmittelzölle wirken auf diese Erschöpfung hin. Der Getreidezoll vertheuert das Brot für eine Familie schon wöchentlich um denjenigen Betrag, der in der untersten Stufe an Klassensteuer monatlich erhoben wird, nämlich um 16 Pf. Wer im Laufe des Monats derart sein Brot theurer bezahlen muß, den Liter Petroleum um 6 Pf., das Pfund Schmalz um 5 Pf., der hat natürlich am Schlusse des Monats die 16 Pf. nicht mehr übrig für die Klassensteuer. Denn viel strenger ist noch der Exekutor der indirekten Steuern. Es ist der Hunger selbst. Um indirekte Steuern und Zölle im Preise der Lebensmittel bezahlen zu können, muß der Mann selbst dasjenige verkaufen, was ihm der Exekutor direkter Steuern nach der Exekutionsordnung als nothwendige Gegenstände belassen muß. Wie im Jahre 1879 verglich auch gestern der Herr Reichskanzler die Klassensteuer mit der russischen Kopfsteuer, welche nicht einmal ein Einkommen voraussetzt. Weiß denn der Kanzler nicht, daß 1873 die Klassensteuer auf diejenigen beschränkt ist, welche ein Einkommen von mehr als 140 Thlr. haben. Auch die Gebäudesteuer griff der Reichskanzler an, ohne zu wissen, daß landwirthschaftliche Gebäude von der Gebäudesteuer überhaupt frei sind. Ueber 6 Millionen bezahlen in Preußen gar keine Klassensteuer, aber unterliegen den indirekten Verbrauchsabgaben. 571,000 Steuerpflichtige sind bei steuerpflichtigem Einkommen wegen starker Familie von der Klassensteuer befreit, aber gerade dieser starken Familie wegen müssen sie zu den Verbrauchsabgaben desto mehr beitragen. Nachdem 1879 der Reichstag die neuen Zölle und Steuern bewilligt hatte, sagte der Herr Finanzminister Bitter im Abgeordnetenhause im Widerspruch mit der früheren Darstellung des Herrn Reichskanzlers, daß die 14 Millionen Mark Klassensteuer in den vier untersten Stufen bei ihrer Vertheilung auf 4½ Millionen Steuerpflichtige gar nicht drückend seien, auf dem Lande nur ganz ausnahmsweise. Der Druck beginne erst mit den kommunalen Steuerzuschlägen. Als gestern aber der Herr Reichskanzler das Gegentheil ausführte, stand der Herr Finanzminister so beifällig lächelnd dabei, als ob er nicht früher selbst das gerade Gegentheil ausgeführt hätte. (Heiterkeit.) Was ist das überhaupt für eine Methode, aus der Statistik Schlußfolgerungen zu machen. In einer großen Stadt halten sich viele Tausende von Menschen nur in Schlafstellen auf, wechseln dieselben fortwährend mit ihren Arbeitgebern. Für die Steuererheber sind sie nicht leicht zu finden. Pfändbare Objekte haben sie nicht. Bei mangelndem guten Willen muß daher die Exekution auf monatlich 16 Pf. oder vierteljährlich 50 Pf. fruchtlos ausfallen. Welches Bild könnte ich nach derselben Methode von unserer Heeresergänzung machen? Ausgehoben sind 1880 nur 123,091, ohne Entschuldigung ausgeblieben dagegen 93,596, unermittelt in der Restantenliste geführt 31,928, wegen unerlaubter Auswanderung verurtheilt 10,910, noch in Untersuchung 12,123. Daraus ließe sich die Verurtheilung der allgemeinen Wehrpflicht zu Gunsten des Stellvertretungssystems nach der Methode des Kanzlers ebenso herleiten, wie aus seinen Zahlen eine Verurtheilung des direkten Steuersystems zu Gunsten des indirekten. Der Herr Reichskanzler meint, die Klassensteuer sei an der Auswanderung schuld in Verbindung mit den lockenden Schutzzöllen in Amerika. Die Klassensteuer ist bei uns nicht ein Rest der feudalen Vorzeit, sondern rührt gerade aus der Hardenbergschen Periode her. Sie trat an die Stelle einer Mahlsteuer, weil die Könige von Preußen, wie früher einmal Friedrich der Große sagte, nicht durch Steuern das Brod ihrer Unterthanen vertheuern wollten. Seit 1860 besteht diese Klassensteuer. Gerade während sie in den letzten Jahren vermindert ist, soll sie die Vermehrung der Auswanderung hervorgerufen haben. Seltsam, daß auch die amerikanischen Schutzzölle hinüberlocken in einem Augenblick, wo der Reichskanzler Gelegenheit gegeben hat die Segnungen der Schutzzölle in der Nähe zu empfinden. Der Herr Reichskanzler kennt die Verhältnisse nicht. Die Auswanderer sind in der Mehrzahl Landarbeiter. Gerade in Amerika giebt es keinen Schutzzoll für die Landwirthschaft, die Landarbeiter aus den östlichen Provinzen aber bezahlen zum großen Theile seit 1873 überhaupt keine Klassensteuer mehr. Näher hätte es dem Reichskanzler gelegen gestern uns eine Statistik über die Tabakssteuerprozesse mitzutheilen. Die Zahl derselben hat sich im vorigen Jahre erhöht von 2150 auf 15,940. (Hört! hört!) Die bisher steuerfreien kleinen Tabaksbauer, etwa 70,000 an der Zahl, vermögen sich nicht an die erhöhte Tabakssteuer zu gewöhnen; um also 5137 Mark von ihnen herauszubringen, haben 15,914 Prozesse gegen sie geführt werden müssen. 13 Pfennige ist also auch hier nur der Werth des Prozesses im Durchschnitt. Dabei hat in jenem Jahre die Tabakssteuererhöhung erst ihren Anfang genommen. Was soll erst werden, wenn es zum Monopol mit allen seinen Kontrollmaßregeln käme! Auch die Zahl der Zollprozesse ist fortwährend im Steigen. Im vorigen Jahre stiegen sie von 17,320 auf 17,338. Das Durchschnittsobjekt des Prozesses betrug nur 3 Mk. 354 Freiheitsstrafen aus Anlaß von Zollprozessen mußten voriges Jahr vollstreckt werden. Schon beginnt eine Statistik über die Verwundungen von Beamten in Gefechten, welche zur Aufrechterhaltung der Zollpolitik geliefert werden müssen. Der Reichskanzler hält eine Rede gegen die Exekutionen kleiner Steuerbeträge in einem Augenblick, wo sein neuer Krankenkassen-Gesetzentwurf in Form der Gemeinde-Versicherung Hunderttausende von Arbeitern und Gesellen, denen die Bezahlung der Klassensteuer schwer wird, Gemeindebeiträge mit exekutivischer Einziehung auflegt, die noch höhere Sätze erreichen würde. Wie wenig hat sich von den Versprechungen des Reichskanzlers aus dem Jahre 1879 erfüllt. Heute verlangt er noch mehr neue Steuern und macht dafür nicht einmal soviel Versprechungen wie damals. 1879 wurde doch noch eine Aufhebung der Einkommensteuer für unfundirtes Einkommen unter 6000 M., sowie für sämmtliche Beamten versprochen. Davon war gestern nicht mehr die Rede. Viel feierlicher noch als gestern sind auch damals Zusagen gemacht worden. In der Thronrede hieß es damals, daß die neuen Steuern und Zölle zunächst verwendet werden sollen zu Steuerentlastungen. Minister Lucius, damals Abgeordneter, erklärte, nur ein geisteskrankes Ministerium könne nach der Steuererhöhung eine andere Verwendung eintreten lassen. Herr von Puttkamer, damals noch Abgeordneter, meinte vor der damaligen Einführung der Tabakssteuer, daß die Nichterfüllung der Versprechen ein Stoß in das Herz des monarchischen Prinzips sein würde. Damals war nicht einmal die später eingetretene Erhöhung des Militäretats in Aussicht, heute wird ganz ausdrücklich in den Motiven hervorgehoben, daß das neue Geld in erster Reihe bestimmt sei für die Durchführung des Systems, für die Versorgung der Hinterbliebenen, für die Pensionserhöhungen und für Erhöhungen der Beamten- und Offiziersgehälter. Warum sprach der Herr Reichskanzler gestern von Erhöhung der Lehrergehälter, während im Reich Erhöhung der Offiziersgehälter doch zunächst beabsichtigt wird? Allerdings heißt es im Monopolentwurf, der Ueberschuß solle an die Einzelstaaten vertheilt werden. Aber die Motive weisen auf den Umweg hin, daß in Folge der Erhöhung der Matrikularbeiträge dasjenige für das Reich zurückzunehmen sei, was an die Einzelstaaten vertheilt wird. Wenn beispielsweise der ganze Monopolertrag den Einzelstaaten überwiesen wird, so muß im Wege der erhöhten Matrikularbeiträge der Ausfall an der bisherigen Tabakssteuer wieder von den Einzelstaaten ersetzt werden, darum ist die Klausel in Betreff der Ueberweisung an die Einzelstaaten völlig werthlos. Die Botschaft aus dem vorigen Herbst verlangt in erster Reihe Gelder für sozialpolitische Reformen. Im Unfallversicherungsgesetz ist der Reichszuschuß ausdrücklich vorgesehen. Warum schwieg der Herr Reichskanzler gestern davon? Man würde alsdann wahrgenommen haben, daß alles, was er von Entlastung der Steuerzahler in Preußen vortrug, Zukunftsmusik war, wie es Herr Hobrecht 1879 nannte. Auch die gestrigen Versprechungen auf Steuer-Entlastung gehen weit über die Erträge des Tabaksmonopols hinaus. Wenn es nach der Rechnung der Regierung 100 Millionen für das Land brächte, würde, wenn das Reich gar nichts davon verlangte, für Preußen nach Verhältniß der Bevölkerung nur 60 Millionen übrig lassen. 24 Millionen will man in Preußen allein zu Besoldungsverbesserungen. Die Aufhebung der Klassensteuer in Preußen verlangt 30 Millionen. Dabei ist also von Aufhebung der Kommunalzuschläge oder des Grundbesitzes noch gar nicht die Rede. Der Herr Reichskanzler wollte gestern die ganze Klassensteuer aufheben. Sein Verwendungsgesetz denkt aber gar nicht daran, es hebt nur die 4 untersten Stufen mit 14 Millionen Erträgen auf. Für diese 14 Millionen brauchen wir in Preußen gar keine neuen Steuern. Der bestehende Klassensteuererlaß von 10 Millionen reicht dazu mehr als vollständig aus. Die Aufhebung der Klassensteuer für Stadt und Kommune, die Zuschüsse für Alterversorgung und Unfallversicherung, alles, was der Herr Reichskanzler an Verwendungen in Aussicht genommen hat, dazu reicht nicht das Monopol, dazu reichen 5 Monopole aus; 4—500 Millionen neuer Steuern würden dazu nöthig sein. Nach 2 Jahren müßte der Reichskanzler eine neue und dritte Auflage seiner gestrigen Rede halten. Vor einiger Zeit ist ein neues Strafgesetz gemacht worden, welches verbietet, die Nothlage, den Leichtsinn und die Unerfahrenheit auszubeuten, um sich Leistungen bewilligen zu lassen, die sich in auffälligem Verhältniß zu den Gegenleistungen befinden. Wir sollten uns auch davor hüten, unter Ausbeutung der Nothlage — von Unerfahrenheit kann ja nach den Erfahrungen mit den letzten Steuerbewilligungen nicht mehr die Rede sein — Bewilligungen zu machen, die nachher in auffälligem Mißverhältniß stehen zu den Gegenleistungen. Auch die Versprechungen an die Kommunen sind schon 1879 gemacht worden. Der Reichskanzler exemplifizirte auf 350 Proz. Klassensteuer in Witten, sogar von der evangelischen Kirchensteuer sprach er. Will er letztere durch das Monopol auch überflüssig machen? Um einer Kommune so viel zu geben, daß sie 350 Prozent Zuschläge zu den Klassensteuern aufgeben kann, müßte Preußen allein 180 Millionen übrig haben, das würde für Deutschland 300 Millionen neuer Steuern voraussetzen. Von allen Aussichten für die Kommunen im Jahre 1879 hat sich nichts erfüllt, dagegen ist die Gebäudesteuer höher veranlagt worden, fast um ebenso viel, als jenen Kommunen aus dem Verwendungsgesetz zum Vortheil gereichen würde. Der Herr Reichskanzler sprach von der Erleichterung großer Städte, von 34 Millionen, die nach dem Verwendungsgesetz in Preußen vertheilt würden nach Maßgabe der Grund- und Gebäudesteuer. Da würden die großen Städte über 25 Millionen Einwohner nur 6 Millionen erhalten, das ist kaum 10 pCt. ihrer Kommunalsteuern. Gerade für große Städte und industrielle Bezirke ist das Steuersystem des Reichskanzlers am verderblichsten, denn gerade die durch seine Steuern vertheuerten Gegenstände werden hier in größerem Umfange gebraucht. Die Bevölkerung wird dort weit mehr belastet, als sie Aussicht haben kann, nachher entlastet zu werden. Sollen einmal indirekte Steuern eingeführt werden, so ist es kein Wunder, wenn die Städte lieber für eigene Rechnung bei sich indirekte Steuern einführen wollen, als sich darauf verlassen, daß auf dem Wege von der Reichskasse durch die Einzelstaaten ihnen noch etwas zu Gute kommt. Gestern erklärte nun der Kanzler, daß er ein solches Privilegium den Städten nicht gestatten wolle, einzeln indirekte Steuern für sich einzuführen. Vor Kurzem aber hat noch der Kanzler umgekehrt für einzelne Städte die Schlachtsteuern wieder herstellen wollen, ja der Stadt Berlin hat er es noch im vorigen Jahre zum Vorwurf gemacht, daß sie nicht die Schlachtsteuer an Stelle der Miethssteuer einführen wolle. Aus dem Januar dieses Jahres liegt mir ein Reskript der Minister Bitter und Puttkamer vor, worin sie den Städten andeuten, daß sie Anträgen auf Einführung indirekter Steuern auch im Rahmen der bestehenden Gesetzgebung willfahren wollten. Wenn nun Städte im Vertrauen hierauf die Vorbereitungen getroffen haben, um diese oder jene Verbrauchsabgaben einzuführen, so mußten sie gestern erfahren, daß inzwischen der Wind wieder umgesprungen ist. Der Kanzler exemplifizirte auf Berlin — es wird jetzt auf jede Weise gesucht, und wäre es auch nur möglich, indem man unter einem Vorwande die Stadtverordnetenversammlung auflöst, politische Parteikämpfe in die Berliner Kommunalverwaltung hineinzutragen — und stellte es so dar, als ob das Monopol die Exekution der Klassen- und Miethssteuer überflüssig machen könne. Wenn sich alle Rechnungen des Monopols erfüllen, wenn alles nach dem Verwendungsgesetz an die Kommunen kommt, so werde Berlin nur 2—3 Millionen davon erhalten, während die Mieths- und Klassensteuer in Berlin vierzehn Millionen aufbringt. Also auch in Berlin würde der Exekutor nach wie vor umhergehen müssen. Der Herr Reichskanzler versprach den Lehrern höhere Besoldungen; so weit die Lehrer höher besoldet werden, kann wiederum die vom Kanzler versprochene Verminderung der Schullasten nicht eintreten. Zur Methode des Reichskanzlers gehört es freilich, Geld nach 3 oder 4 verschiedenen Richtungen zu versprechen. Mögen sich die verschiedenen Anwärter nachher im Konkursverfahren einigen und sehen, wie wenige Prozente von den versprochenen sich realisiren. Was ist nicht den Lehrern in Preußen schon versprochen worden! Bevor 1879 die 145 Millionen Mark neu bewilligt wurden, da hieß es in der Thronrede feierlich, daß der Erlaß eines Unterrichtsgesetzes neue Steuern und Zölle bedinge. Die neuen Steuern und Zölle wurden bewilligt; Milliarden haben wir gehabt, und doch mußten wir es im letzten preußischen Landtage erleben, daß unser Antrag, den emeritirten preußischen Volksschullehrern eine Minimalpension von 600 Mark zu bewilligen, nicht ausführbar war, weil dies 300,000 M. kosten könne, so viel wie eine einzige neue Unteroffizierschule kosten würde. — Der Herr Reichskanzler hat offenbar gestern das Bedürfniß gefühlt, eine Wahlrede zu halten, ein Programm für die preußischen Landtagswahlen aufzustellen, wie er im vorigen Jahre hier zum Fenster hinaus an die Wähler des Reichstags, allerdings mit wenig Erfolg gesprochen hat. Ob er damit viel Glück haben wird? Bisher wollten selbst die Konservativen von dem Verwendungsgesetz als Wahlprogramm nicht viel wissen. Auch wir sind dabei, überall dem Steuerdruck abzuhelfen, aber wir wollen die Erfüllung seiner alten Versprechungen, bevor wiederum neues Geld aufgeschüttet wird. Der Wähler wird es lieber sehen, erst ohne neue Steuern möglichst viel entlastet zu werden, als auf solche neue Versprechungen hin, die sich doch nicht erfüllen, neue Steuern sich auferlegen zu lassen. Nicht blos an den vom Kanzler bemerkten Stellen wollen wir den Steuerdruck vermindern, im einzelnen sind wir durchaus nicht überall verschiedener Meinung mit dem Reichskanzler. Er will bei den Wahlen die Frage nach der Aufhebung des Schulgeldes stellen; schon unser Parteiprogramm von 1878 verlangt dasselbe. Meine Februarrede aus dem Abgeordnetenhause 1881 hat zuerst diese Forderung gestellt. Unmittelbar nach dieser Rede schloß sich der Kanzler mir an, indem er seine Genugthuung aussprach, darin mit uns übereinzustimmen. Dadurch ist diese Frage überhaupt erst in das Regierungsprogramm gekommen. (Sehr wahr! links.) Der Kanzler wies auf die Nothwendigkeit der Ermäßigung des Immobilien- und Pachtstempels hin. Ganz einverstanden. Ich wollte im letzten Landtage die 6 Millionen, welche durch den neuen Klassensteuererlaß verwendet wurden, für diese Ermäßigung verwendet wissen, aber die Konservativen unterstützten uns darin nicht, obgleich früher immer gesagt wurde, daß die Börsensteuer zur Ermäßigung des Immobilienstempels dienen müßte. Wäre der Kanzler im Abgeordnetenhause gewesen, hätte er uns vielleicht beigestanden gegen die Konservativen. (Heiterkeit links.) Möge er uns nun bei den Wahlen in dieser Forderung gegen die Konservativen beistehen. Diese scheinen anderer Ansicht zu sein. Herr von Mirbach wenigstens meinte im vorigen Jahre, die Ermäßigung des Kaufstempels würde die Mobilisirung des Grundeigenthums vermehren. Der Reichskanzler gab das Versprechen, der Ermäßigung des Kaufstempels mit Bezug auf die Tabaksmonopolvorlage. Er scheint gar nicht zu wissen, daß in Preußen die Ermäßigung des Kaufstempels gar nicht in das Verwendungsgesetz aufgenommen ist. Selbst wenn wir nun über das Tabaksmonopol hinaus 188 Millionen bewilligen, so wäre davon noch immer kein Geld in Preußen übrig zur Ermäßigung jenes Kaufstempels. Zu diesem Zweck hat Herr Bitter im Abgeordnetenhause gesagt, müßten in Preußen außerdem noch andere Stempelsteuern erhöht werden. Für dieselbe Entlastung werden also zwei neue Belastungen verlangt, im Reiche vom Kanzler und in Preußen von Herrn Bitter. Zur Entlastung des Besitzes haben wir verlangt, daß die Gebäudesteuer um ein Viertel, also auf denjenigen Betrag ermäßigt werde, den sie bis 1880 hatte. Auch zu der Reform der Klassensteuer haben wir im Landtage die Hand geboten. Für eine vernünftige Skala, für eine Entlastung namentlich der Steuerklassen zwischen 4—700 Thaler Einkommen, die jetzt besonders stark belastet sind, waren wir jeder Zeit bereit. Jene Mißstände bei der Exekution, auf die der Kanzler hinwies, wären mit wenigen hunderttausend Thalern, höchstens 1 Million mit Leichtigkeit zu beseitigen, bei einigem Geschick, ohne das Steuersystem im Uebrigen anzutasten. Für alle solche Reformen sind innerhalb des preußischen Haushalts die Mittel reichlich vorhanden. Auch die Konservativen haben im preußischen Abgeordnetenhause ein vollständiges Steuerprogramm aufgestellt, welches ohne Zuhilfenahme irgend welcher neuer Steuern alle Ungerechtigkeiten im direkten Steuersystem nach ihrer Auffassung beseitigen konnte. Ja noch mehr: im preußischen Finanzministerium arbeitet man, ebenso wie hier neue Reichssteuern verlangt werden, auf Erhöhung der direkten Staatssteuern in Preußen los. Mir ist ein Gesetzentwurf aus dem Jahre 1880 in die Hände gefallen, welcher darauf ausgeht, den Klassensteuererlaß von 14 Mill. wieder auszugleichen durch einen Steuerzuschlag auf das Einkommen, auf die Kapitalrente. (Hört, hört!) Mir ist ein Gesetzentwurf aus dem preußischen Finanzministerium zur Umgestaltung der

Gewerbesteuer in die Hände gefallen, der geeignet ist ein erhebliches Plus aus der preußischen Gewerbesteuer zu liefern (Hört! Hört! links); daß außerdem der Finanzminister Bitter eine Erhöhung der Stempelsteuer beabsichtigt, habe ich schon erwähnt. Aber auch abgesehen von solchen Plänen sind die Mittel zu Steuerreformen in Preußen in reichlicherem Maße vorhanden, als in diesem Augenblick angenommen wird. Unser ganzes gegenwärtiges Finanzwesen ist in Folge des großen Staatseisenbahnsystems, der Vermehrung der indirekten Steuern, der Staatsindustrie mehr als je von Konjunkturen abhängig, und man darf sich nicht durch die augenblickliche ungünstige Konjunktur in Folge der allgemeinen Erwerbsverhältnisse beeinflussen lassen, die dauernden Erträge der vorhandenen Einnahmequellen zu unterschätzen. Bessern sich die allgemeinen Verhältnisse, so werden von selbst alle Einnahmequellen einträglicher. Warum verzweifelt denn gerade die rechte Seite an der Verbesserung der allgemeinen Verhältnisse? Angeblich soll doch gerade die Wirthschaftspolitik des Kanzlers auf die Hebung hinwirken. Es ist keine Wirthschaftspolitik so schlecht, daß sie auf die Dauer im Stande ist, allgemeine Verbesserungen zu verhindern. Die allgemeine wirthschaftliche Wellenbewegung, wonach auf einen Niedergang wieder ein Aufgang folgt, muß dieselben herbeiführen. Wir hatten bis jetzt ungünstige Ernten, hoffen wir, daß die guten Aussichten der nächsten Ernte sich verwirklichen. Eine gute Ernte ist mehr werth als sechs wirthschaftliche Gesetze, mögen sie nach der einen oder der andern Richtung erlassen werden. (Sehr richtig!) Wenn die fünf Milliarden Kapital, welche im preußischen Staatseisenbahnsystem gegenwärtig angelegt sind, nur 1 Prozent mehr Reinertrag geben, so beträgt dies schon 50 Millionen. Der Ueberschuß der Bergwerke ist jetzt nur mit 14 Millionen etatisirt, er hat schon einmal 57 Millionen betragen und hatte 1878 noch die doppelte Höhe. Die Stempelsteuereinnahme in Preußen steht gegenwärtig auf dem niedrigsten Punkte. Sie hat schon einmal 12½ Mill. Mark mehr betragen. Auch die Forsteinnahmen waren 1876 beträchtlich höher. Was wollen denn 60 Millionen — soviel würde Preußen nach der bloßen Rechnung bekommen — besagen gegenüber einem preußischen Etat von 1050 Millionen. Im Reich liegt es ähnlich. Als ich im Januar 10 Millionen aus dem Ueberschuß des laufenden Jahres vorschlug zur Ermäßigung der Matrikularbeiträge zu verwenden, fand dies zuerst lebhaften Widerspruch. Der Herr Schatzsekretär Scholz sagte, der wahrscheinliche Ueberschuß von 15 Millionen sei doch noch nicht sicher genug. In der Kommission bestätigte Herr Scholz, daß der Ueberschuß nicht 15, sondern 20 Millionen betrage und also die 10 Mill. nicht blos für das laufende, sondern auch für das nächste Jahr schon vorhanden wären. Ich habe 1879 die Erhöhung der Tabakssteuer nur auf 28 Millionen Mark Mehrertrag geschätzt unter Zugrundelegung des Tabakkonsums. Nach der Berechnung der Monopolvorlage aber würde jene Steuererhöhung 40 Millionen einbringen. Diese 40 Mill. sind bewilligt, aber die Einnahme fließt noch nicht, weil die alten Vorräthe noch nicht aufgezehrt sind. Eine Subkommission schätzte im Jahre 1879, abgesehen von der Tabakssteuer, die Steuerbewilligungen auf einen Minimalbetrag von 70 Millionen. Schon jetzt stellt sich heraus beim Petroleum-, beim Schmalz-, beim Getreidezoll, daß diese Ziffer zu niedrig gegriffen war. Mit 130 Millionen habe ich die Bewilligungen von 1879, wie mir vorkommt, in ihren Wirkungen unterschätzt. Im laufenden Etat sind aber erst 92 Millionen angesetzt. Die Rübensteuer und Branntweinsteuer würde weit höhere Erträge geben, wenn nicht die Rückvergütung zu einer Exportprämie anwächst. Mit Recht heißt es nach alle dem in der Resolution Lingens, daß die vorhandenen Einnahmequellen bei angemessener Sparsamkeit steigende Mittel zu Steuererlassen bieten. Angemessene Sparsamkeit heißt es, daß man die wachsenden Einnahmen auch wirklich zu Steuererlassen verwendet, heißt Abweisung jener Kolonialpolitik, zu der wir schon bei Samoa verführt werden sollten. Wenn man in der Militär- und Zivilverwaltung die Neubauten hier und in der Provinz sich ansieht, so findet man daß angemessene Sparsamkeit nicht obgewaltet hat. Auch der Reichskanzler rügte einmal die Opulenz der Dienstwohnungen. Die Rede des Kanzlers über Steuerexekutionen und Abpfändungen — wir werden sie ihm noch oft wiederholen, wenn er mit neuen Geldforderungen für Ausgaben kommt. (Sehr richtig! links.) Der Hinweis, wie mühsam und mit welchen Gewaltmitteln die Steuern pfennigweise beigetrieben werden müssen, ist der beste Antrieb zur Sparsamkeit. Wir müssen aus den Milliardenanschauungen wieder herauskommen. Wie viele Beamte könnten wir ersparen, wenn man unterließe Projekte zu verfolgen, die keine Aussicht auf Verwirklichung bieten. Auf ewige Zeiten verwahrt sich die Resolution nicht gegen neue Steuern. Eine solche Resolution ist kein philosophischer Lehrsatz. Sie bezieht sich auf die gegenwärtigen Verhältnisse, den gegenwärtigen Reichstag und die gegenwärtige Regierungspolitik. Wenn der Reichskanzler wieder, wie er 1875 noch beabsichtigte, das ganze Schutzzollsystem aufheben wollte, könnte man ja dazu kommen, irgend eine neue Steuer zur Durchführung zu Hilfe zu nehmen. Aber diese Frage liegt uns vollständig fern. Sie liegt darin, daß Sie ablehnen gegenwärtig eine neue Steuer zu bewilligen, daß sie ablehnen, gegenwärtig in der Reform weiter zu gehen, nachdem bereits eine allgemeine Vertheuerung durch die Erhöhung der indirekkten Steuern erfolgt ist, weil in der That diese Reform weiter nichts bedeutet, als die Verschiebung der Steuerlast von den Schultern der Besitzenden und Wohlhabenden auf die unteren Klassen; das ist überhaupt der Kern der sogenannten Reform; die Steuerlast soll dem kleinen Gewerbetreibenden aufgehalst werden, die Steuern sollen übergewälzt werden auf die minder wohlhabenden Klassen zur Entlastung der Reichen und Besitzenden; das ist es was wir nicht wollen und was sie in der Resolution Lingens klar ausgedrückt finden. Noch mehr müssen Sie diese Resolution annehmen nach der gestrigen Rede des Reichskanzlers. Der Kanzler hat nicht so unrecht, wenn er klagt, dilatorisch behandelt zu werden. Die Mittelparteien und das Zentrum behandeln ihn dilatorisch. Das ist falsch und zwar sowohl hinsichtlich der Person des Fürsten Bismarck, wie auch hinsichtlich der Sache. Wir haben das nie gethan. Wir haben ihm immer klar gesagt, was er von uns bekommen und was er nicht bekommen kann. Wenn man aber das System des Kanzlers nicht billigt und sich vorbehält, auf die speziellen Vorschläge zurückzukommen, so muß das dazu führen, die Pläne des Kanzlers in den Augen der Bevölkerung richtiger erscheinen zu lassen, als sie sind; der Kanzler selbst muß sich alsdann in seinen Plänen bestärkt finden; der Kanzler sagt: Lehnen Sie das Tabaksmonopol ab, so werde ich mir für einen Zoll ein anderes Objekt suchen. Wenn Sie die Resolution Lingens ablehnen und sich nur gegen eine Erhöhung der Tabakssteuer aussprechen, verschaffen Sie der Tabaksindustrie auch jetzt noch nicht Ruhe und veranlassen den Kanzler zu neuen Projekten, welche andere Wirthschaftsgebiete beunruhigen. Sie haben vielleicht gar nicht die Absicht, darauf einzugehen, aber bis zur Ablehnung bleibt das Land durch jene neuen Projekte beunruhigt. Die spätere Ablehnung kann die Schädigung der wirthschaftlichen Verhältnisse in der Zwischenzeit nicht ausgleichen. Sie selbst haben dann solche Verhältnisse eintreten lassen. Darum müssen sie sagen, bis hierher und nicht weiter. Sie müssen eine klare Stellung einnehmen, damit die ewige Beunruhigung durch die Steuerprojekte aufhört. Der Herr Reichskanzler hat es für gut befunden, noch dem abwesenden preußischen Landtage eine Kritik nachzusenden, der sich nicht mehr vertheidigen kann. Er sagt, der Landtag habe gestrikt, habe die Noth des Volkes nicht prüfen wollen. Wie liegt die Sache? Erst am 14. März, zwei Monate nach dem Zusammentritt, ist dem Landtage das Verwendungsgesetz zugegangen, und die Regierung hat 14 volle Monate gebraucht, um es auszuarbeiten. Der Herr Reichskanzler sagt, er könne nicht hexen; ja der Landtag kann auch nicht hexen. Braucht die Regierung 14 Monate zur Ausarbeitung des Gesetzes, so darf der Landtag doch auch die genügende Zeit zur Prüfung desselben beanspruchen. Es ist ja seltsam, daß ich dieses Abgeordnetenhaus vertheidigen muß. Gott habe es selig, ich wünsche, daß nie ein solches Abgeordnetenhaus wiederkommt. (Heiterkeit.) Es war so konservativ wie keines seit 1858, es war seit der Zeit das erste, das einen konservativen Präsidenten hatte. „Ruhe in der Minorität!" haben wir uns zurufen lassen müssen. (Heiterkeit.) Dort sitzt der eigentliche Sünder, Herr von Minnigerode. (Große Heiterkeit.) Er war der Beherrscher der Majorität. Warum haben die Herren nicht rechtzeitig auf der Berathung des Versetzungsgesetzes bestanden? Sie waren aber ganz still und verlangten auch die erste Berathung nicht, bis am 1. Mai die Ordre aus Friedrichsruh kam — wie man sagt, da war der Reichstag schon versammelt, am 1. Mai fand die erste Lesung des Verwendungsgesetzes statt. Gestrikt haben wir aber doch nicht, wie der Herr Reichskanzler sagt; das Gesetz ist durchberathen worden; es ist nur nicht an eine Kommission verwiesen worden. Der Reichskanzler hat auf die §§ 1 und 2 eine Antwort bekommen, wir hätten sie ihm auch auf die anderen Paragraphen ertheilt, wenn die Regierung nicht selbst auf die Fortberathung verzichtet hätte. Was können wir für den preußischen Landtag? Es saßen mehr Landräthe darin, als die Fortschrittspartei Mitglieder zählt. (Heiterkeit.) Rechnen Sie noch die Ober-Regierungsräthe, die Präsidenten und sonst abhängigen Verwaltungsbeamten dazu, dann waren die zahlreicher als wir und die liberale Vereinigung zusammen. Es zeigt sich eben, daß es dem Reichskanzler immer schwerer wird, überhaupt noch mit einem Parlament zu regieren. (Sehr richtig! links.) Auch die Spur einer Selbständigkeit, selbst in der geschäftlichen Verhandlung verträgt er nicht. Warum ist denn das Verwendungsgesetz abgelehnt worden? Niemand wollte Verwendungszwecke festsetzen, ehe die zu verwendende Summe vorhanden sei. Wechselt doch die Regierung selbst ihre Finanzansichten von Jahr zu Jahr. Lesen Sie doch die Rede des konservativen Herrn v. Rauchhaupt, der sich auch weigerte, Verwendungen planmäßig festzulegen, während man doch im Augenblick entscheiden kann, wo eine Verwendung zweckmäßig ist oder nicht. Merkwürdiger Weise hat der Herr Reichskanzler gestern gesagt: Ja bei diesen Erfahrungen im Reich wüßte er nicht, ob Friedrich Wilhelm IV. Recht gehabt habe, die Kaiserkrone auszuschlagen und sich auf Preußen zu beschränken. Diese Ausführung war gestern wenig angebracht, denn Friedrich Wilhelm IV. würde doch seinen preußischen Landtag gehabt haben, und der ist, wie wir gestern gehört haben, noch viel schlimmer als der Reichstag. Friedrich Wilhelm IV. würde also ohne diesen Reichstag und mit dem preußischen Landtage noch schlechter gestellt sein. Was hat denn der Landtag gethan? Der Landtag hat sich geweigert, das Fell des Bären zu theilen, der noch nicht geschossen ist. Wir sind noch schlimmer; wir weigern uns sogar, den Bären zu schießen. Wenn der Landtag schon aufgelöst werden soll, weil er das Fell nicht vertheilen will, so sind wir viel mehr der Auflösung werth. Warum löst man uns nicht auf? (Große Heiterkeit.) Hat der Reichskanzler mehr Zutrauen zu dem Dreiklassenwahlsystem, diesem „elenden, widersinnigen Gesetz", wie er es selbst ausgedrückt hat? Es scheint jetzt mehr in Aufnahme zu kommen, nachdem er das allgemeine Stimmrecht gegeben hat. Der Reichskanzler hat gesagt, er werde den Landtag wieder und immer wieder auflösen. Ich weiß nicht, ob das eine richtige Methode ist, es giebt eine Methode der Auflösung, die sich nur in der Form noch vom Staatsstreiche unterscheidet. Wenn man unbekümmert um das Ergebniß der Wahlen einen solchen Gebrauch von der Auflösungsbefugniß macht, so ist das von der Vergewaltigung der Nation nicht mehr allzufern. Der Herr Reichskanzler mag das nicht bedenken, er leugnet den Satz: „Macht geht vor Recht" ab, aber eine Volksvertretung so lange auflösen, bis sie zu Kreuze kriecht, das ist die Bahn der Vergewaltigung der Nation und weist keine Spur von der Achtung, auf die jede Volksvertretung Anspruch hat. Monarchen haben nie so von der Volksvertretung gesprochen, wie der Minister, der erste Beamte, der nicht über der Volksvertretung steht, sondern dieser verantwortlich ist. (Beifall links.) Es mögen manche aus den neuen Provinzen vielleicht ein besseres Verständniß von dem Konflikt bekommen haben, den wir in Preußen schon einmal durchmachen mußten; ich fürchte fast, daß wenn nicht eine Wendung eintritt, wir in eine ähnliche Bahn wieder hineinkommen. Aber gerade darum, m. H., hüten Sie sich vor dilatorischer Behandlung. Sie sind verpflichtet, eine runde Antwort zu geben, sonst sind Sie verantwortlich für einen Konflikt. Woraus ist in Preußen der Konflikt entstanden? Aus der Schwäche einer liberalen Mittelpartei, die auf die Heeres-Organisation nicht eine direkte Antwort gegeben hat. Aehnlich kommt es hier, wenn Sie der Resolution Lingens ausweichen, dann sind Sie verantwortlich dafür, wenn der Reichskanzler neue Steuerprojekte aufsucht und den Landtag auflöst und diesen Reichstag, der es abgelehnt hat, neue Steuern zu bewilligen. Sagen Sie aber, es ist genug der neuen Steuern, so kann er das Programm von gestern nicht ausführen. Der Reichskanzler schloß seine Rede mit einer Aufforderung zur Einigkeit. Umgekehrt, wir sind dem Reichskanzler gegenüber in der Monopolfrage zu sehr einig. Wären wir nur immer so einig gewesen in Deutschland wie hier, es stände Manches besser. Wir sind nur mit dem Kanzler nicht einig, deshalb die Klagen. Der Reichskanzler tadelt die Fraktionen, er tadelt es, daß nicht jeder in vollem Bewußtschein seines politischen Kapitals für sich der Allgemeinheit gegenübertrete. Die Herren auf der rechten Seite riefen Beifall, aber sind sie nicht auch eine Fraktion und trifft sie dieser Vorwurf nicht ebenfalls? Der einzige Gerechte vor dem Reichskanzler hier ist Niemand Anderes wie der Abg. v. Ludwig. (Heiterkeit.) Das ist das letzte Ideal des Reichskanzlers. (Beifall. Große Heiterkeit.) Wäre Herr v. Ludwig hier in 397 Gestalten repräsentirt, damit meint der Reichskanzler, würde mit dem Reichstag auszukommen sein. Der Reichskanzler war nicht immer so gegen die Fraktionen. In einer Rede vom 9. Oktober 1878 wollte er umgekehrt größere mächtigere Fraktionen. Alsdann, sagte er, wäre es für einen Minister ein Vergnügen, sich einer Fraktion anzuschließen, um, wenn auch nicht äußerlich, so doch innerlich mit ihr gemeinschaftlich zu arbeiten. Freilich damals hatte er die Fraktionen auf seiner Seite, die bekannten drei Kompagnien. Er forderte sie ausdrücklich auf, sich im Interesse des Landes zusammenzuschließen. Gerade er wollte also domals den Ring der Fraktion bilden. Wenn sich heute aber die Fraktionen gegen das Tabaksmonopol zusammenschließen, so nennt er sie einen Ring gleich den berliner Stadtverordneten, wenn ihm die Miethssteuer erhöht wird. (Heiterkeit.) Bevor der Reichskanzler die Regierung übernahm, waren in Preußen die Parteiverhältnisse einfach. Seine zersetzende Politik hat, wie Herr Bamberger gestern richtig bemerkte, dazu beigetragen, die Fraktionen zu vermehren. Indeß seine gegenwärtige Politik ist geradezu vernichtend für Alles, was zur Mittelpartei gehört. Setzt er sie weiter fort, so wird es nicht lange mehr dauern und wir stehen nur in zwei großen Fraktionen einander gegenüber. Der Reichskanzler spricht vom Byzantinismus der Fraktionen. O wenn es doch niemals einen anderen Byzantinismus in Deutschland gegeben hätte. Ein solcher hat es verschuldet, wenn heute mit dem Reichskanzler so schwer zu verkehren ist. Was sind wir denn in den Fraktionen? Nicht mehr, als was unsere Wähler uns gelten lassen. Wir sind fest und einig, weil unsere Wähler es sind. Die Mehrheit in den Fraktionen ist nicht bestimmend, wenn der Wahlkreis anders denkt. Die konservative Fraktion beweist das gerade jetzt. Die Mehrheit derselben ist für das Monopol, aber Diejenigen, denen ihr Wahlkreis lieb ist und mit denselben nicht durch amtliche Stellung verbunden sind, hüten sich, für das Monopol zu stimmen. Wir werden das ja sehen. Nicht die Fraktionen sind es, sondern weite Kreise des Volkes, welche nicht wollen, daß in dieser Weise fortregiert werde. Das Volk selbst schließt sich immer mehr zusammen zu einem Ring, weil es nicht Alles umgestürzt und in sein Gegentheil verkehrt wissen will, was zum Theil mit Hilfe des Kanzlers in der inneren Politik aufgerichtet worden ist. Der Herr Reichskanzler sagt, ihn hielte nur die Rücksicht auf den Monarchen am Platze, nicht mehr das Interesse zur Sache. Uns fesselt wahrlich nicht Ehrgeiz an diesen Platz; es giebt viele, die in ihrem Beruf schwere Opfer bringen, um überhaupt hier sein zu können (Sehr richtig! links); und für die wenigen, denen die Politik gewissermaßen Beruf ist, erscheint auch ein reicherer Lebensberuf denkbar, als daraus folgt, mit dem Reichskanzler aus einem Wahlkampf in den anderen zu ziehen, aus einer Session in die andere, um bald hier, bald dort die Bresche zu vertheidigen gegen Angriffe auf die Freiheiten und Rechte des Volkes. Wir allerdings haben noch Interesse an der Sache und nicht blos für Personen. Ich weiß nicht, ob der Kanzler gerade in dieser Frage, wo er doch im Bundesrathe eine ansehnliche Minorität gegen sich hatte, sich besonders auf die Dynastien bezieht. Was der Kanzler spricht, ist die Sprache des Absolutismus. Nur die Monarchen haben nach ihm ein Herz, nur sie finden das Richtige. Ja, die Zustimmung der Volksvertretung — so weit verstieg er sich gestern — ist eher ein Grund, etwas für nicht richtig zu halten. Das ist wieder der Fürst Bismarck von 47 mit all seinen damaligen Redewendungen gegen den Parlamentarismus und für den Absolutismus. M. H.! Die Dynastien sind alles durch das Volk, sie sind nichts ohne das Volk. (Sehr richtig! Beifall links). Als im Jahre 1813 Deutschland darnieder lag, da war es die frische kräftige Initiative des Volkes, welche den zögernden König von Preußen mit sich fortriß zur Befreiung Deutschlands. (Beifall links.) Und als König Friedrich Wilhelm IV. die Annahme der Kaiserkrone versagte und der deutsche Gedanke für Viele ein Gegenstand des Spotts und der Verfolgung war, da war es die Nation, Männer auf der liberalen Seite zumeist, die im Widerspruch mit den Dynastien den deutschen Gedanken lebendig erhielten. (Sehr gut! links.) Wir stehen hier für das Volk, auch wir glauben dem Vaterlande und dem Könige zu dienen, ebenso wie der Kanzler. Der gegenwärtige Kaiser war es, der als Prinz von Preußen 1847 im vereinigten Landtag sagte: die Zeit der Monopole ist vorbei, und die Monopole, welche noch bestehen, sollten aufgehoben werden. (Hört, hört! links.) Wir wollen den Kaiser davor bewahren, daß unter seiner glorreichen Regierung jene Zeit wiederkommt, wo Monopole wieder eingeführt werden. (Beifall links.) In Wahrheit der deutsche Reichstag vollzieht eine nationale That, wenn er das Monopol ablehnt als als eine fremdländische Einrichtung, die dem deutschen Volke in seinem innersten Wesen verhaßt und zuwider ist. (Lebhafter Beifall links. Zischen rechts. Wiederholter Beifall links.)

Schatzsekretär Scholz: Der Herr Reichskanzler wird mit der Wirkung, die seine Rede von gestern heute hier hervorgebracht hat, zum großen Theil nicht unzufrieden sein und die Ueberzeugung gewinnen, daß er mit seinem gestrigen Vortrag ins Schwarze getroffen hat. Den Herrn Abg. Richter hat er mit seiner Rede am wundesten Punkt getroffen. Wenn die Rede des Herrn Reichskanzlers gestern hier keinen Eindruck gemacht hätte, wäre die Rede des Herrn Abgeordneten heute nicht gehalten worden. Ganz besonders mache ich auf die Methode aufmerksam, die aller Proteste, aller Darlegungen ungeachtet immer wieder von Neuem angewandt wird: alle Reden der Opposition durchzieht wie ein rother Faden die Fabel von Versprechungen des Reichskanzlers, der sich selbst dagegen gewehrt hat und in dessen Namen wiederholt Protest eingelegt und gebeten worden ist, doch ruhig und objektiv den Hergang unserer Steuerreform zu betrachten und nicht diese unwahre Behauptung zu wiederholen, daß Versprechungen des Herrn Reichskanzlers vorlägen, daß diese Versprechungen unerfüllt geblieben seien. Der Herr Abgeordnete hat also das, was die Regierung als Ziele derselben, die sie nur in Gemeinschaft mit der Reichsrespektive mit den Landesvertretungen zu erreichen strebt, nicht für gerechtfertigt gehalten und als Versprechungen des Herrn Reichskanzlers bezeichnet. Er unterstellt, als sei von dem Herrn Reichskanzler die Erreichung aller dieser Ziele mit der Bewilligung, mit Beschlüssen zu dem neuen Zolltarif überhaupt in Verbindung gebracht. Es kann unmöglich behauptet werden, daß alles das, was die Regierung jemals als ihre Ziele dabei ausgemalt und in Perspektive gestellt hat, mit dem Zolltarif zu erreichen gewesen wäre. Der Herr Abgeordnete hat dann der Statistik, die der Herr Reichskanzler gestern in Bezug auf die Klassensteuer mitgetheilt hat, nachgehend gesagt, es scheine darnach eine Vermehrung der Steuerexekutionen stattgefunden zu haben und es beweise das gerade gegen die wirthschaftliche Politik, gegen die Belastung der unteren Klassen mit größeren Zöllen, wahrscheinlich deshalb seien die Exekutionen in den unteren Klassen bei den direkten Steuern gestiegen. Meine Herren, dem Herrn Reichskanzler stand leider nicht ein reichlicheres Material zu Gebote, um eine retrospektive Betrachtung dieser Verhältnisse anstellen zu können, er mußte sich mit den ihm zugänglichen Daten der letzten Jahre begnügen und gab im Gegentheil selbst zu, daß seit 1881—82, soweit ihm bekannt, ein erheblicher Rückgang der Exekutionen stattgefunden hat, fügte auch die auf der Hand liegende Erklärung hinzu, daß in diesem Jahr der Steuererlaß eingetreten, ein ganzes Quartal keine Steuer erhoben worden ist, die Exekutionen also ausfielen und die Zahl derselben in diesem Jahre also geringer sein mußte. Nun ist der Schluß natürlich, daß, wenn wir die Reform fortsetzen und nicht blos ein Vierteljahr, sondern vier Vierteljahre keine Steuer erheben, die Exekutionen überhaupt aufhören. Das ist aber gerade die wunde Seite: die Herren, die die Sache wie Herr Richter beurtheilen, haben es empfunden, daß sie in diesem Punkt in der That einen schweren Stand haben werden, wenn die Reden des Herrn Reichskanzlers in das Volk gedrungen, dort gelesen und verstanden sein werden. Der Herr Abgeordnete hat dann ausgeführt, der Herr Reichskanzler wisse garnicht, daß im Jahre 1873 eine Aenderung in der Klassensteuer eingetreten sei, das gehe hervor aus seiner Kritik dieser Steuer, aus seiner Vergleichung mit der russischen Kopfsteuer u. dergl. M. H.! das sollte doch nicht als zulässiger Ton angesehen werden (Oho! links. Sehr richtig! rechts), daß man dem obersten Reichsbeamten, der nur in dem Studium dieser Fragen lebt, der an der Spitze der preußischen Regierung steht, positiv vorwirft, er wisse nicht, daß im Jahre 1873 ein solches Gesetz erlassen worden sei. Der Herr Abgeordnete Richter hat dann auf die Tabakssteuerprozesse im vorigen Jahre sehr großen Werth gelegt und gesagt: wenn das schon im ersten Stadium eingetreten ist, wie wird das erst später sein, wenn die Kontrollmaßregeln sich häufen und verschärfen. Die Wahrheit, die auch sehr nahe liegt, ist das gerade Entgegengesetzte: das ist nicht der Anfang einer wachsenden Zahl von Steuerprozessen, sondern die natürliche Folge des Ueberganges. Bis zum Tabakssteuergesetz von 1879 waren im Reich 82,000 und einige hundert Personen, die Tabak steuerfrei bauen konnten. Diese sind betroffen von dem neuen Tabakssteuergesetz, und unter dieser ganzen Zahl hat sich leider das Bedürfniß herausgestellt, in 15,000 Fällen mit Prozessen der neuen Gesetzgebung erst Eingang zu verschaffen. Das ist gerade das erste Uebergangsstadium. Nun werden sich die Leute daran gewöhnt haben, indem sie sehen, unter dem neuen Gesetz muß nun einmal Tabakssteuer bezahlt werden, und die Prozesse werden nicht zu-, sondern abnehmen. Der Herr Abgeordnete hat dann geltend gemacht, die Ziele der Steuerreform, die mit Einführung des Monopols verfolgt würden, lägen ja auf einem ganz anderen als dem erklärten Gebiet, es sei das in den Motiven ganz klar erkennbar, sie gelten dem Heere, und es sei merkwürdig, warum der Reichskanzler gestern nicht von Ausgaben gesprochen habe, die beabsichtigt würden für die Versorgung der Relikten, die Erhöhung der Pensionen, für die Gehälter der Offiziere — und Beamten, hat er dann hinzugefügt, in der Einleitung aber nur gesagt, es gelte dem Heere. Davon hätte der Reichskanzler sprechen sollen, nicht von den Lehrern in Preußen. Aber in welchem Zusammenhange sprach er von den Lehrern in Preußen? Bei der Berechnung der Verwendungszwecke in Preußen und unter dieser Rubrik konnte er doch unmöglich von den Offizieren und der Erhöhung der Pensionen beim Reichsheere u. s. w. sprechen, denn diese berühren den preußischen Etat nicht. Wohl aber konnte und mußte er von den im preußischen Verwendungsgesetze zwar nicht an die Spitze gestellten, aber dem Betrage nach ganz besonders hervorragenden Erleichterungen in diesem Zusammenhang sprechen. Daß der Herr Reichskanzler nicht ausdrücklich auch von den anderen Ausgaben, die ja in den Motiven gedruckt und Jedermann zugänglich sind, gesprochen, war sehr natürlich, da unter den Zielen der Steuerreform die finanzielle Selbständigkeit des Reiches bisher immer noch das unbestrittenste war, und wenn Sie

anerkennen, daß solche Ausgaben an die Reichskasse, an Ihre Bewilligung herantreten werden, so müssen Sie für diese Ausgaben auch die Mittel beschaffen. Nicht fünf Tabaksmonopole, sagte der Herr Abgeordnete ferner, würden ausreichen, um den Versprechungen des Reichskanzlers gerecht zu werden und er hat in einer Weise, die mich allerdings nicht sonderlich betrübt, aber überrascht hat, damit ein Gesetz gegen die Ausbeutung des Leichtsinnes in Verbindung bringen zu dürfen geglaubt, sehr vorsichtig, aber in der Nutzanwendung für Jedermann im Hause doch recht verständlich. Ich kann mich nur auf den entschiedenen Protest dagegen beschränken, daß man hier gegenüber irgend einem Faktor der Reichsregierung eine solche vorsichtige, vielleicht aber in ihrem Kern unglaubliche Insinuation gebraucht. (Sehr richtig! rechts.) Noch ein Wort über die preußischen Gesetzentwürfe, die dem Abg. Richter „in die Hände gefallen" sind. Was ich auch von solchen Plänen und Entwürfen, die ja in irgend einem unreifen Stadium auch im Gespräche weiter verbreitet werden, gehört habe, jedenfalls ist keiner darunter, der durch Entwickelung der direkten Steuern die erlassenen 14 Millionen wieder einzubringen beabsichtigt. Ich glaube auch nicht, daß ein Stempelsteuergesetz vorbereitet ist in der Absicht, die Erleichterungen bezüglich des Immobilien- und Pachtstempels durch anderweite Erhöhungen wieder wett zu machen. Der Herr Abgeordnete hat aber dies einmal in den ihm in die Hände gefallenen Gesetzen gefunden und plaidirt nun darauf hin: wundern Sie sich auch nicht, sagte er, die Mittel fehlen gar nicht, um so etwas in Preußen mit rein preußischen Mitteln auszuführen und entwickelt nun die blühenden Aussichten des künftigen preußischen Etats. Darauf kann ich ihm entgegnen, daß der preußische Finanzminister, der alles dies gethan haben soll, in einer Ausführung, die mir nicht in die Hände gefallen, sondern zugekommen ist, ganz das Entgegengesetzte ausgeführt und der Ueberzeugung Ausdruck gegeben hat, daß der preußische Staat in den nächsten zehn Jahren bei ruhiger Entwickelung und ohne das Dazwischenkommen von gesetzlichen Neuerungen nicht die Mittel haben würde, um dergleichen Dinge aus sich heraus zu machen und eine befriedigende Reform der Steuern herbeizuführen, ja daß vielmehr mit der äußersten Sparsamkeit in allen Ressorts werde gewirthschaftet werden müssen und zwar in einem etwas anderen Sinn, als Herr Richter Sparsamkeit erklärt, wenn man in Preußen nicht wieder zu Defizits kommen will. Wie hoch sich der Ueberschuß des Vorjahres am 20. Juni herausstellen wird, das kann ich natürlich heute noch nicht bestimmt angehen, aber schon bestätigen, daß der Ueberschuß noch größer ist als bei der Etatsberathung angenommen werden konnte, daß er sich auch in den letzten Tagen noch in Folge der sehr sparsamen und strengen Wirthschaft, namentlich bei der Militärverwaltung, wieder auch durch Minder-Ausgaben wesentlich erhöht. Dieser Ueberschuß von 21,800,000 Mark ist der Rübenzuckersteuer zu verdanken, und zwar dem neuen Verfahren in Bezug auf die Auszahlung der Bonifikation. In diesem ganzen Betrag ist der Ueberschuß ein einmaliger und kann mit irgend einem Grund nicht auf dessen Wiederkehr gerechnet werden. Die Wiederkehr der erheblichen Ueberschüsse der Post-, Telegraphen- und Eisenbahnverwaltung läßt sich bis zu einem gewissen Grade erhoffen. In Bezug auf die Resolution Lingens hat der Abg. Richter angedeutet, was im Sinne derselben unter „angemessener Sparsamkeit" verstanden wird, ein negatives Rezept: keine Zuschüsse für die sozialpolitische Vorlage, keine Samoapolitik. Das bringt Alles noch nichts ein; das nützt nichts. Es bliebe als drittes nur noch die Sparsamkeit im Allgemeinen und besonders bei den Bauten. Thatsächlich würde auch damit herzlich wenig erzielt, wenn der Abg. Richter nicht den ganzen Etat in seinen Grundlagen angreifen will. Die Steuerreform soll die kleinen Leute beeinträchtigen zu Gunsten der Großen und Reichen. Meine Herren, darin, daß dies nicht geschehen soll, sind die Reichsregierung und die verbündeten Regierungen mit Ihnen absolut einig. Gerade dieses Ziel erstrebt die Reichsregierung, bezeichnete doch der Herr Reichskanzler in seiner Rede vom Jahre 1879 als das Ziel, das ihm bezüglich der direkten Steuern vorschwebe, daß von ihnen nur noch eine Art Anstandssteuer für die reichen Leute übrig bleiben solle. Ueberall ist die Tendenz der Regierung dieselbe. Die Regierungen sind überzeugt, daß diese kleinen Leute durch sie nicht zu Gunsten der Größeren bedrückt werden, sondern daß es ein wahrer, ihnen zu gönnender und für sie zu erstrebender Vortheil ist. Darin liegt die Differenz, nicht in der Tendenz gegen die kleinen Leute. Der Herr Abgeordnete sagte, der Herr Reichskanzler habe abgeleugnet, die Worte: „Macht geht vor Recht" gebraucht zu haben. Ich stelle dies dahin richtig, daß der Herr Reichskanzler wiederholt darauf hingewiesen hat, daß ihm diese Worte zu Unrecht zugeschrieben wurden. Unter „Ableugnen" versteht man gemeiniglich etwas Anderes und ich will annehmen, daß der Herr Abgeordnete Richter das nicht gemeint hat. (Beifall rechts.) Der Herr Reichskanzler hat diese Worte nicht gebraucht, sie sind ihm mit Unrecht in die Schuhe geschoben worden. Der Herr Abgeordnete möge endlich nicht glauben, die gestrigen Urtheile über Fraktionen und Fraktionspolitik damit abthun zu können, daß er dem Herrn Reichskanzler ein früheres Urtheil über Fraktionen entgegenhält. Ich glaube, der Herr Reichskanzler wird sein früheres Urtheil nicht zurücknehmen und die Erinnerung daran sich wohl gefallen lassen können, wenn man nur der Billigkeit halber hinzufügt, daß er gestern von Fraktionen gesprochen hat, die nach seiner Meinung ihr eigenes Interesse höherer stellen, als das für das Ganze. Was er 1879 und 1880 gesagt hat, bezog sich natürlich nur auf die Parteien, die sich einig wissen im Interesse für das Ganze und für solche Zwecke sich auch verbünden. (Beifall rechts.)

(Schluß folgt im Abendblatt.)

Briefe und Zeitungsberichte.

C· **Berlin**, 13. Juni. Wenn es noch eines Beweises dafür bedurft hätte, wie erschöpft die Monopol-Diskussion durch die jahrelange Dauer derselben ist, so wäre er durch den Verlauf des heutigen zweiten Tages der Monopol-Debatte geliefert worden; wäre es wahr, daß die Vorlage der Regierung bisher nicht mit der erforderlichen Gründlichkeit geprüft worden, so hätte doch heute, wo es Jedermann im Hause und auf den Regierungsbänken frei stand, jedes beliebige neue Argument vorzubringen, sich eine Anzahl solcher herausstellen müssen. Aber die ganze Verhandlung vermochte sich nur in einigen wenigen Augenblicken über die Linie einer anständigen Mittelmäßigkeit zu erheben, und Niemand wird behaupten, daß das Auftreten der beiden Vertreter des Monopols, des Abg. v. Minnigerode und des Unterstaatssekretärs v. Mayr, zu diesen seltenen Momenten gehörte. Die Debatte litt auch formell an einer unvortheilhaften geschäftlichen Einrichtung; der Präsident hatte den Wunsch ausgesprochen, daß die Erörterung der Resolution Lingens und der dazu gestellten Anträge von derjenigen der Regierungsvorlage getrennt werden sollte; aber dieser Wunsch war erst, nachdem Fürst Bismarck gestern bereits die ganze Steuerreform-Frage in den Kreis seiner Darlegung gezogen hatte, erfolgt, so daß sich nichts dagegen einwenden ließ, wenn einzelne Redner, namentlich der Abg. Richter und theilweise auch, trotz eines entgegengesetzten Versprechens, der Abg. Windthorst, auf dieses Gebiet abschweiften, während wieder andere Mitglieder sich ihre Aeußerung darüber vorbehielten. So wurde die Debatte einigermaßen zerrissen. Der Abg. Richter sprach mit gewohnter Schlagfertigkeit und Beherrschung eines umfangreichen Materials; aber daß das letztere nach den langen Erörterungen der Steuerreform-Fragen jedem, der sich um diese Dinge bekümmert hat, bekannt war, mußte stellenweise der Wirkung nothwendig Abbruch thun; freilich wird es genug Leser der Sitzungsberichte geben, denen immer noch Vieles von diesem Material neu ist oder doch in Erinnerung gebracht werden muß. Am interessantesten war wohl die Rede Windthorst's, nicht wegen des sachlichen Inhalts, der vielmehr wieder so unbedeutend und, trotz der wichtigen Miene und Haltung des Redners, so trivial wie möglich war, sondern wegen des Aergers über die parlamentarische Lage und über seine neuesten Mißerfolge, den der Führer des Zentrums nicht nur nicht unterdrücken konnte, sondern der das Charakteristische seines ganzen Auftretens war. Man hatte schon in der Unterhaltung gehört, daß das Zentrum von der gestrigen Rede des Kanzlers, trotz der Verwahrung desselben gegen ein „liberales Canossa", keineswegs erbaut sei, u. A. weil es sich genöthigt sah, aus dem Verdammungsurtheil gegen die „Fraktionen" seinen Antheil zu entnehmen. Herrn Windthorst's nervöser Zorn aber, der heute wiederholt auf der Tribüne hervorbrach und sich u. A. darin äußerte, daß der klerikale Redner zum vermeintlichen Tort für die Liberalen den gestrigen Verzicht des Kanzlers auf das Monopol leugnete, war offenbar das Produkt verschiedener Ursachen: des Fiaskos des Vorschlags auf Einsetzung von Permanenz-Kommissionen, der Niederlage der Zolltarif-Vorlage, durch deren Durchsetzung er sich als „Führer des Hauses" hatte bewähren wollen, des Aergers über die Widersprüche, in welche er sich während der letzten Tage in seinen Aeußerungen über das Krankenkassengesetz verwickelt hat, vor Allem der Opposition, auf welche er in seiner eigenen Partei bei dem Beschlusse, der Resolution Lingens einen anderen Antrag entgegenzusetzen, gestoßen ist. Das ganze Auftreten Windthorst's machte den Eindruck, daß der vielgewandte Häuptling des Zentrums mit dem Ergebniß der Session für seine Partei und für sich selbst äußerst unzufrieden ist, daß er mit Zorn auf eine ganze Anzahl vergeblich angewandter Praktiken zurückblickt. Und das ist immerhin ein Vortheil für andere Leute.

Wollmarktsbericht der Posener Handelskammer.

Das Wollgeschäft nahm in der Kampagne 1881/82 im Allgemeinen keinen günstigen Verlauf. Während dieser Periode trat auch nicht vorübergehend eine Preissteigerung oder größere Lebhaftigkeit im Handel ein. Wenn hierorts das nach dem vorjährigen Wollmarkt aufgestapelte, durch spätere Zufuhren verstärkte Lager von etwa 20,000 Zentner bis auf circa 2000 Zentner abgesetzt wurde, so war dies eine Folge des Entgegenkommens der Wollinhaber, die mit geringem und mitunter ohne Nutzen ihre Waare begaben. Unter diesen Umständen fehlte die Lust zu Abschlüssen auf die neue Schur; die Käufer wollten vorjährige Preise nicht anlegen, während nur wenige Produzenten das Erzeugniß billiger zu veräußern bereit waren. Erst unmittelbar vor und bei Beginn der Schur gestaltete sich das Kontraktgeschäft lebhafter, und ansehnliche Posten — nahezu die Hälfte der Gesammtproduktion — wurden zu 3—5 Mark unter, theilweise aber zu vorjährigen Preisen geschlossen.

Die dem breslauer Markt vorhergehenden kleinen schlesischen Märkte hatten matten Verlauf; die Preise stellten sich überwiegend 3—6 Mk. niedriger als im vorigen Jahre.

Die Marktzufuhr in Breslau trat gegen die im Vorjahre zurück, aber auch Käufer waren in geringerer Zahl anwesend und verhielten sich zumeist abwartend. Bei gelungenen Wäschen wurden dort für mittelfeine Sorten vorjährige Preise, manchmal auch 3—5 Mark darüber angelegt, feine und hochfeine Posten dagegen fanden nur unter Preisreduktion Nehmer.

Für den hiesigen Markt trafen erst am 11. d. Mts. größere Quanten ein; es waren an diesem Tage auch schon auswärtige Fabrikanten und Händler anwesend, und viele eben angelangte, insonders bekannte Stämme sowohl als auch größere Partien vom Lager wurden zu einem Preisaufschlage von 6—9 M. genommen. Am 12. früh, bei offiziellem Beginn des Marktes, wies das Geschäft große Lebhaftigkeit auf, so daß alles, was herangebracht war, im Laufe des Vormittags bis auf kleine Reste zu Preisen, welche die vorjährigen um 3—12 M. überschritten, in Umsatz kam. Von dieser Aufbesserung profitirten am meisten die mittelfeinen Sorten, weniger die geringen, dahingegen fanden die feinen Wollen nur zu vorjährigen Notizen Abnehmer. Die Marktanfuhren bezifferten sich laut amtlicher Feststellung auf 17,418 Ztr. gegen 19,351 Ztr. im Jahre 1881. Am Schurgewicht ist ein Ausfall von 5 bis 10 pCt. bemerkt worden, was zum Theil in der fast ausnahmslos gelungenen Wäsche seine Veranlassung haben mag.

Am diesjährigen Markte fand in ungewaschenen Wollen ein größeres Geschäft als bisher statt. Der Umsatz hierin belief sich auf circa 1000 Ztr. zu 57—70 Mk., was eine Preiserhöhung von 5—6 Mk. gegen 1881 bedeutet.

Am Einkaufe betheiligten sich außer einigen Ausländern (Russen) inländische Fabrikanten und Großhändler, auch brachten hiesige Interessenten namhafte Posten an sich.

Klagen über ungeeignete Verpackung der zugeführten Wollen wurden weniger laut als früher; es darf anerkannt werden, daß diese Unzuträglichkeit, welche dem Handel in inländischem Erzeugniß Schwierigkeiten bereitet, im Schwinden begriffen ist.

Bezahlt wurden folgende Preise pro Ctr. (50 Ko.):

für hochfeine Wollen	170—186 Mk.,
„ feine	166—175 „
„ mittelfeine Dominialwollen	150—172 „
„ Rustikalwollen	130—140 „

Posen, den 14. Juni 1882.

Die ständige Kommission der Handelskammer für das Wollgeschäft.

Wollmärkte.

Thorn, 13. Juni. Aufgefahren sind 3100 Ztr. Auf den Stadtlagern befanden sich 750 Ztr. Wäsche vorzüglich. Geschäft Anfangs sehr lebhaft. Preise anfänglich 10—15 M., später nur 6—8 M., später flauer; Preise 6—8 M. höher als im vergangenen Jahre. Drei Viertel des Vorraths ist verkauft. Ungewaschene Wollen blieben unbeachtet, 63—67 M.

Landsberg a. W., 13. Juni. (Vorbericht.) Die Anfuhr ist in bestem Gange. Auf dem Wollager ist das vorjährige Quantum angemeldet. Die Wäschen sind gut. Händler sind bereits reichlich eingetroffen. Die Tendenz ist fest.

Stralsund, 13. Juni. Die Zufuhr betrug ca. 2300 Ztr. Preise 158—168 M. Markt beendet, meist Vorverkäufe.

Telegraphische Nachrichten.

Breslau, 13. Juni. Das „Schlesische Morgenblatt" veröffentlicht die Antwort des Reichskanzlers auf das Begrüßungs-Telegramm des konservativen Parteitags, in welcher Fürst Bismarck für die Zusage der Unterstützung seinen Dank ausspricht und erklärt, daß er an der nach dem Willen des Kaisers in Angriff genommenen sozialpolitischen Reform festhalten werde, so lange er im Amte bleibe.

Meißen, 13. Juni. Bei der am 9. d. M. stattgehabten Reichstagsnachwahl für den Wahlkreis Meißen erhielt nach offizieller Feststellung Kämpffer (Fortschr.) 7005, der Gegenkandidat Schickert (kons.) 6443 Stimmen.

London, 13. Juni. [Unterhaus.] Unterstaatssekretär Dilke theilte mit, daß in Alexandrien wieder vollkommene Ruhe herrsche; die dortigen egyptischen Truppen seien auf Befehl Derwisch Paschas auf 12,000 Mann verstärkt worden. Die Zahl der bei den Unruhen getödteten Personen werde auf 50 geschätzt, doch sei nichts Sicheres darüber bekannt. Der Khedive und Derwisch Pascha seien heute nach Alexandrien gegangen; der Generalkonsul Malet sei angewiesen worden, sich ebenfalls dorthin zu begeben; er vermuthe, Arabi Pascha sei noch in Kairo. Was die Sicherheit der Europäer in Kairo anlange, so sei er der Ansicht, daß, wenn die Konsuln nach Alexandrien gehen, eine große Anzahl Europäer folgen werde. Die Fortdauer der jetzigen anarchischen Zustände könne nicht gestattet werden. Mehr in dieser Beziehung zu sagen sei unthunlich. Hierauf wurde die Spezialberathung der irischen Zwangsbill bei Artikel 5 fortgesetzt.

Konstantinopel, 12. Juni. Die Botschafter gaben der Pforte Kenntniß von den ihnen aus Alexandrien zugegangenen Depeschen über die dortigen Vorgänge, welche eine Bestrafung der Meuterer erheischen. Die Pforte telegraphirte darauf an Derwisch Pascha, welcher antwortete, daß bereits 30 Meuterer verhaftet seien. Der Adjutant des Sultans, Osman Bey, ist mit ergänzenden Instruktionen für Derwisch Pascha abgegangen. — In dem gestrigen Ministerrathe hat, wie es heißt, sich die Mehrheit im Sinne der Zustimmung zur Konferenz ausgesprochen unter der Bedingung, daß die Konferenz nur die egyptische Frage behandele. Dem Sultan ist hierüber noch keine Vorlage gemacht worden.

Alexandrien, 13. Juni. Der Khedive und Derwisch Pascha sind hier angekommen und im Palais Ras-el-Tin abgestiegen.

Die italienische Korvette „Castelfidardo" ist hier eingetroffen.

Kairo, 12. Juni. [Meldung des „Reuterschen Bureaus".] Die Zahl der getödteten Europäer wird nach weiteren Meldungen auf 67 angegeben. Heute früh fand eine Zusammenkunft der Generalkonsuln im englischen Konsulatsgebäude statt. Nach derselben begaben sich die Generalkonsuln zu Derwisch Pascha, welcher sich ihnen gegenüber, jedoch nicht definitiv, hinsichtlich seiner Intentionen äußerte.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. —
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Juni.

Datum Stunde	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm. 82 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
13. Nachm. 2	746,7	W mäßig	trübe	+14,5
13. Abnds. 10	747,1	W mäßig	wolkig	+11,3
14. Morgs. 6	747,9	SW lebhaft	bedeckt	+ 8,9

Am 13. Wärme-Maximum +17°7 Cels.
„ „ Wärme-Minimum +10°0 „

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 13.	Juni	Morgens 0,50	Meter.
„ „ 13.	„	Mittags 0,50	„
„ „ 14.	„	Morgens 0,48	

Telegraphische Börsenberichte.

Produkten-Kurse.

Königsberg, 13. Juni. Getreidemarkt. Weizen unv. Roggen behauptet, loco 121/122 Pfd. 2000 Pfd. Zollgewicht 130,50, pr. Juni 130,00, pr. September-Oktober 130,00. Gerste still. Hafer unveränd., loco inländ. 124,00, pr. Juni 120,00. Weiße Erbsen per 2000 Pfd. Zollgewicht 140,00. Spiritus pr. 100 Liter 100 pCt. loco 43,75, pr. Frühjahr —,—, pr. Juli 44,00, per September 46,25. — Wetter: Regnerisch.

Wien, 13. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen pr. Juni-Juli 12,15 Gd., 12,20 Br., per Herbst 11,08 G., 11,10 Br. Hafer pr. Juni-Juli 8,15 Gd., 8,20 Br. Mais pr. Juni-Juli 8,02 Gd., 8,05 Br.

Pest, 13. Juni. Produktenmarkt. Weizen loco ruhiger, auf Termine ruhig, pr. Frühjahr —,— Br., pr. Herbst 10,73 Gd., 10,76 Br. — Hafer pr. Herbst 6,68 G., 6,70 Br. — Mais pr. Juni-Juli 7,90 Gd., 7,93 Br. — Kohlraps pr. August-September 13¾. — Wetter: Trübe.

Petersburg, 13. Juni. (Produktenmarkt.) Talg loco 75,00, pr. August 72,00. Weizen loco 14,60. Roggen loco 9,75, Hafer loco 5,10. Hanf loco 34,00. Leinsaat (9 Pud) loco 14,00. — Wetter: Warm.

London, 13. Juni. An der Küste angeboten 12 Weizenladungen. — Wetter: Kalt.

London, 13. Juni. Havannazucker Nr. 12 24½. Stetig.

Liverpool, 13. Juni. Baumwolle. (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 10,000 Ballen. Stetig. Tagesimport 4000 Ballen, davon 2000 Ballen amerikanische.

Newyork, 12. Juni. Weizen-Verschiffungen der letzten Woche von den atlantischen Häfen der Vereinigten Staaten nach Großbritannien 38,000, do. nach Frankreich 15,000, do. nach anderen Häfen des Kontinents 2000, do. von Kalifornien und Oregon nach Großbritannien 70,000, do. do. nach Frankreich 10,000, do. do. nach dem Kontinent — Qrts.

Newyork, 12. Juni. Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 12¼, do. in New-Orleans 12⅛, Petroleum in Newyork 7⅞ Gd., do. in Philadelphia 7¼ Gd., rohes Petroleum 6¼, do. Pipe line Certificates — D. 53 C. Mehl 5 D. 00 C. Rother Winterweizen loko 1 D. 44½ C. do. per Juni 1 D. 46⅝ C., do pr. Juli 1 D. 29⅞ C., do. pr. August 1 D. 21 C. Mais (old mixed) 77½ C. Zucker (Fair refining Muscovados) 7½. Kaffee (Rio-) 9½. Schmalz Marke (Wilcox) 11⅞, do. Fairbanks 11½, do. Rohe u. Brothers 11½. Speck (short clear) 12¼. Getreidefracht 2½.

Produkten-Börse.

Berlin, 13. Juni. **Wind: NW. Wetter: Veränderlich.**

Unter dem Einflusse der fast ohne Ausnahme festen Berichte bekundete der heitige Markt für die meisten Artikel feste Tendenz.

Loko-Weizen still. Für den Terminhandel ist heute streng zu scheiden zwischen nahen und späteren Sichten. Während diese gut beachtet und etwas theurer waren, litt der laufende und nächstfolgende Monat unter dem Drucke so scharfer Abgaben, daß diese unzweifelhaft nur von den holländischen Spekulanten, für deren Rechnung hier der größte Theil der Platzvorräthe lagert, ausgegangen sein können. Juni schloß 8 M., Juni-Juli 2 M. niedriger als gestern. Es ist nun wohl auch eine stärkere Kündigung zu gewärtigen, vor welcher der augenblicklich noch bestehende Deport kaum Stand halten dürfte.

Von Loko-Roggen, mäßig zugeführt, erfreute sich guter Frage und mußte zum Theil erheblich theurer bezahlt werden. Im Terminverkehr herrschte ziemlich feste Stimmung. Die Platzspekulation setzte Deckungskäufe fort und steigerte dadurch den Werth aller Sichten, am meisten wieder der nahen, so daß der Deport wuchs. Der Schluß war etwas schwächer.

Loko-Hafer, ebenso wie Termine matt.

Roggenmehl fest und höher.

Mais preishaltend.

Rüböl bei ziemlich regem Handel durchgängig theurer und recht fest.

Petroleum in matter Haltung. Es fehlte an Kauflust.

Spiritus in effektiver Waare knapp und merklich besser. Termine erfreuten sich lebhafter Beachtung und wurden durchgängig theurer bezahlt, schlossen auch recht fest.

Weizen per 1000 Kilo loko 200—228 M. nach Qualität gefordert, abgel. Anmeld. — bezahlt, defekter Polnischer — M. ab Bahn bez., per Juni 205—206—207 bez., per Juni-Juli 208—205—206 bez., per Juli-August 203—202 Mark bezahlt, per August-September — M. bezahlt, per September-Oktober 200—199½ Mark bezahlt. per Oktober-November 199½ M. bezahlt. — Gekündigt 9000 Zentner. Regulirungspreis 211 Mk. — Roggen per 1000 Kilo loko 140 bis 155 M. nach Qualität gefordert, inländischer 148—150 M. ab Bahn bezahlt, feiner do. 152—153 M. ab Bahn bezahlt, def. polnischer — Mark ab Bahn bezahlt, def. russischer — Mark ab B. bezahlt, russischer polnischer 141—144 M. ab Bahn bezahlt, per Juni 145½ bis 146 Mark bezahlt, per Juni-Juli 145—145¾—145½ Mark bezahlt, per Juli-August 144—144½—144¼ Mark bezahlt, per August-September —,— Mark bezahlt, per September-Oktober 144¼—144¾—144½ Mark bezahlt, per Oktober-November 144½—144½—144¼ Mark bezahlt. — Gekündigt 12,000 Zentner. Regulirungspreis 146 Mark. — Gerste per 1000 Kilogramm loko 122—190 Mark nach Qualität gefordert. — Hafer per 1000 Kilo loko 125 bis 167 Mark nach Qualität gefordert, russischer und polnischer 125 bis 142 M. bezahlt, ost- und westpreußischer 134 bis 143 M. bezahlt, pommerscher und Uckermärker 128 bis 142 Mark bezahlt, schlesischer 142 bis 146 Mark bezahlt, f. do. 151—156 M. bezahlt, böhmischer 142—146 bezahlt, f. do. 151—156 M. bezahlt, fein weiß mecklenburgischer — Mark ab Bahn bezahlt, per Juni 135—134½ M. bez., per Juni-Juli 135—134½ bez., per Juli-August 134—133½ Mark bezahlt, per August-September — Mark bezahlt, per September-Oktober 134—133¾ Mark bezahlt. — Gekündigt 6000 Zentner. — Regulirungspreis 135 Mark. — Erbsen per 1000 Kilo Kochwaare 155 bis 190 M., Futterwaare 133—153 Mark. — Mais per 1000 Kilo loko 148—158 Mark nach Qualität gefordert, per Juni 147½ bez., per Juni-Juli 146 bez., per September-Oktober 139½ Mark. — Gekündigt — Zentner. Regulirungspreis —,— Mark. — Weizenmehl per 100 Kilogramm brutto 00: 30,05 bis 29,00 Mark, 0: 28,50 bis 27,50 M., 0/1 27,50 bis 26,50 Mark. — Roggenmehl inkl. Sack 0: 22,00 bis 21,00 Mark, 0/1: 20,50—19,50 Mark, per Juni 20,45—20,50 bezahlt, per Juni-Juli 20,35—20,40 bezahlt, per Juli-August 20,25 bis 20,30 bezahlt, per August-September — bezahlt, per September-Oktober 20,05—20,10 bezahlt, per Oktober-November 19,90—19,95 Mark bez. — Gekündigt 1500 Ztr. Regulirungspreis 20,45 Mark. — Oelsaat per 1000 Kilo — M., Winterraps — M., Winterrübsen — M. — Rüböl per 100 Kilo loko ohne Faß: 57,0 Mark, loko mit Faß 58,0 Mark, per Juni 57,4 Mark bezahlt, per Juni-Juli 57,2 M. bez., per Juli-August — Mark bezahlt, per September-Oktober 56,7—56,8 Mark bezahlt, per Oktober-November 56,5—56,6 M., per November-Dezember 56,3—56,4 Mark bezahlt. Gekündigt — Zentner. Regulirungspreis — Mark. — Leinöl per 100 Kilo loko — Mark. — Petroleum per 100 Kilo loko 23,5 M., per Juni 23,0 Mark, per Juni-Juli — Mark, per September-Oktober 23,0 M., per Oktober-November 23,4 Mark, per November-Dezember — bezahlt. — Gekündigt — Zentner. — Regulirungspreis — M. — Spiritus per 100 Liter loko ohne Faß 44,7 M. bezahlt. mit Faß — M. bezahlt, per Juni 45,4—45,7 Mark bezahlt, per Juni-Juli 45,4—45,7 Mark bezahlt, per Juli-August 46,0—46,3 Mark bezahlt, per August-September 46,7—47,1 Mark bezahlt, per September-Oktober 47,3—47,6 Mark bez., per Oktober-November 47,0—47,2 M. bez., per November-Dezember 46,8—47,0 M. bez. — Gekündigt 10,000 Liter. — Regulirungspreis 45,5 M.

(B. B.-Z.)

Berlin, 13. Juni. Als gestern die verschiedenen Nachrichten aus Alexandrien und aus Petersburg nach einander eintrafen, konnte man die Tragweite der einzelnen Meldungen nicht vollständig übersehen, und man war geneigt, in dem Rücktritt des Grafen Ignatjew das Hauptereigniß des Tages zu sehen. Auf den Abgang dieses Ministers wurde eine Hausse in russischen Werthen in Szene gesetzt, und von hier aus überpflanzte sich die feste Haltung auch auf die anderen Gebiete um so leichter, als man über die Bedeutung der in Egypten stattgehabten Ereignisse eine einheitliche Meinung sich nicht bilden konnte. Heute legte man letzteren eine größere Wichtigkeit bei, während man in der Person des Nachfolgers des Grafen Ignatjew weniger Garantieen für einen durchgreifenden Systemwechsel glaubte finden zu dürfen. In Folge dessen griff auf allen Gebieten eine reservirte Haltung Platz, die Spekulation versuchte es so wenig, auf der Haussebahn vorzuschreiten, wie durch Blanko-Abgaben dem Markte eine gedrückte Physiognomie zu verleihen. Die Umsätze blieben denn bei der obwaltenden Unentschlossenheit sehr eng bemessen und ebenso blieben die zur Notiz gekommenen Kursveränderungen nur ganz belanglos. Die fast ausschließlich von Wien abhängigen österreichischen Kreditaktien mußten sich Kursreduktionen gefallen lassen, die aber auch nur dem gestrigen Kursstande gegenüber ganz geringfügig waren. Franzosen und Lombarden konnten sich besser behaupten und für alle anderen Werthe mit Ausnahme der russischen Staatsanleihen war die Stimmung sogar ziemlich fest. Namentlich gilt dies wieder für Eisenbahn-Aktien, ohne daß dieselben indeß in größeren Verkehr gezogen worden waren. Montanwerthe setzten recht fest ein, zeigten später indeß eine schwächere Physiognomie. Anlagepapiere durchweg ganz vernachlässigt. — Per ultimo notiren: Franzosen 563—563,50—562, Lombarden 249—249,50—248, Kredit-Aktien 558,50—559,50—555—556, Wiener Bank-Verein 199 Brief, Darmstädter Bank 160,25—160, Diskonto-Kommandit-Antheile 207,10—207,60—206,40, Deutsche Bank 153—152, Dortmunder Union 95,10—94,75—95,10—94,25, Laurahütte 120,40 bis 119. — Schwach. Privat-Discont 3½ Proz.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 13. Juni 1882.

Preußische Fonds- und Geld-Course.

Preuß. Kons. Anl.	4½	104,80 bz
do. neue 1876	4	101,90 B
Staats-Anleihe	4	100,90 bzG
Staats-Schuldsch.	3½	99,00 bz
Od.-Deichb.-Obl.	4½	
Berl. Stadt-Obl.	4½	102,70 B
do. do.	3½	96,00 G
Schldv. d. B. Kfm.	4½	102,50 G
Pfandbriefe:		
Berliner	5	109,10 bzG
do.	4½	104,10 bz
Landsch. Central	4	101,40 bzG
Kur- u. Neumärk.	3½	95,25 bz
do. neue	3½	91,90 B
do.	4	101,80 B
do. neue	4½	
K. Brandbg. Kred.	4	
Ostpreußische	3½	91,90 G
do.	4	100,70 bz
do.	4	
Westpr. rittersch.	3½	92,50 G
do.	4	101,20 bz
do. I. B.	4	100,90 G
do. II. Serie	4½	102,50 bz
Neuldsch. II. Serie	4	100,90 G
do. do.	4½	102,25 B
Posensche, neue	4	100,75 bz
Sächsische	4	
Pommersche	3½	92,00 B
do.	4	101,10 bz
do.	4½	102,50 bz
Schlesische altl.	3½	
do. alte A.	4	
do. neue I.	4	
Rentenbriefe:		
Kur- u. Neumärk.	4	100,70 G
Pommersche	4	100,75 B
Posensche	4	100,75 bz
Preußische	4	100,75 bz
Rhein- u. Westfäl.	4	101,00 B
Sächsische	4	100,80 G
Schlesische	4	100,80 bz
20-Frankstücke		16,27 G
do. 500 Gr.		
Dollars		
Imperials		16,69 G
do. 500 Gr.		1394 bzG
Engl. Banknoten		20,43 G
do. einlösb. Leipz.		
Französ. Banknot.		81,20 bz
Oesterr. Banknot.		170,70 bz
do. Silbergulden		
Russ. Noten 100 Rbl		206,00 bz

Deutsche Fonds.

Dtsch. Reichs-Anl.	4	102,00 bz
P.-A. v. 55 a 100 Th.	3½	144,10 G
Hess. Prsch. a 40 Th.	—	304,40 bz
Bad. Pr.-A. v. 67.	4	132,90 bz
do. 35 fl. Oblig.	—	215,00 bz
Bair. Präm.-Anl.	4	134,60 bz
Braunsch. 20 thl.-L.	—	100,40 B
Brem. Anl. v. 1874	4	101,25 G
Cöln-Md.-Pr.-Anl.	3½	127,80 bz
Dess. St.-Pr.-Anl.	3½	125,50 G
Goth. Pr.-Pfdbr.	5	118,00 bzG
do. II Abth.	5	116,00 bzG
Hamb. 50-Thlr.-L.	3	186,50 bzB
Lübecker Pr.-Anl.	3½	181,50 bz
Mecklb. Eisenbhanl.	3½	94,50 bzG
Meininger Loose	—	27,80 bz
do. Pr.-Pfdbr.	4	117,80 bz
Oldenburger Loose	3	149,75 bz
D.-G.-C.-B.-Pf. 110	5	108,70 bz
do. do.	4	96,30 bzG
Dtsch. Hypoth. unk.	5	104,50 G
do. do.	4½	102,30 bzG
Mein. Hyp.-Pf.	4½	101,25 G
Nrdd. Grdkr.-H.-A.	5	100,20 G
Pomm. Hyp.-Pfdbr.		
Pomm. H.-B. I. 120	5	104,80 G
do. II. IV. 110	5	102,90 B
Pomm. III. rkz. 100	5	100,00 G
Pr. C.-B.-H.-Br. rz.	5	
do. do. 110	5	114,10 G
do. do. 110	4½	109,00 B
Pr. C.-B.-Pfdbr. 100	5	104,80 bz
do. do. rückz. 100	4½	103,50 G
do. (1872 u. 74)	4	99,70 bz
do. (1872 u. 78)	5	
do. (1874)	5	
Pr. Hyp.-A.-B. 120	4½	103,50 bzG
do. II. rkz. 100	5	100,40 bzG
Schles. Bod.-Cred.	5	102,00 G
do. do.	4½	106,40 bzB
Stettiner Nat.-Hyp.	5	101,00 B
do. do.	4½	102,75 bzG
Krupp'sche Obligat.	5	110,70 B

Ausländische Fonds.

Amerik. gek. 1881	6	
do. do. 1885	6	
do. Bds. (fund.)	5	
Norweger Anleihe	4½	
Newyork. Std.-Anl.	6	129,00 bz
Oesterr. Goldrente	4	80,60 bz
do. Pap.-Rente	4½	65,00 G
do. Silber-Rente	4½	65,60 bz
do. 250 fl. 1854	4	
do. Kr. 100 fl. 1858	—	
do. Lott.-A. v. 1860	5	123,00 bzG
do. do. v. 1864	—	327,00 bzB
Ungar. Goldrente	6	102,10 bzB
do. St.-Eisb. Akt.	5	96,00 B
do. Loose	—	
Italienische Rente	5	89,80 bz
do. Tab.-Oblg.	6	
Rumänier	8	
Finnische Loose	—	49,50 G
Russ. Centr.-Bod.	5	
do. Boden-Credit	5	80,70 bz
do Engl. A. 1822	5	82,80 bz
do. do. A. v. 1862	5	83,00 bzG
Russ. fund. A. 1870	5	
Russ. conf. A. 1871	5	83,90 bz
do. do. 1872	5	83,90 bz
do. do. 1875	4½	74,70 B
do. do. 1877	5	87,80 bz
do. do. 1880	4	69,80 bz
do. Pr.-A. v. 1864	5	139,50 bzB
do. do. v. 1866	5	135,90 bz
do. 5. A. Stiegl.	5	59,00 G
do. 6. do. do.	5	79,80 bzG
do. Pol. Sch.-Obl.	4	79,00 G
do. do. kleine	4	
Poln. Pfandbr.	5	63,20 bz
do. do.	5	
do. Liquidat.	4	55,25 bz
Türk. Anl. v. 1865	—	12,40 bzG
do. do. v. 1869	6	
do. Loose vollgez.	3	

*) Wechsel-Course

Amsterd. 100 fl. 8 T.	169,15 bz
do. 100 fl. 2 M.	168,25 bz
London 1 Lstr. 8 T.	20,43.5 bz
do. do. 3 M.	20,31.5 bz
Paris 100 Fr. 8 T.	81,25 bz
Blg. Bkpl. 100 F. 8 T.	
do. do. 100 F. 2 M.	
Wien öst. Währ. 8 T.	170,35 bz
Wien. öst. Währ. 2 M.	169,30 bz
Petersb. 100 R. 8 T	205,25 bz
do. 100 R. 3 M.	203,85 bz
Warschau 100 R 8 T.	205,75 bz

*) Zinsfuß der Reichs-Bank für Wechsel 4, für Lombard 5 pCt., Bankdiskonto in Amsterdam 4, Bremen —, Brüssel 4, Frankfurt a. M. 4½, Hamburg —, Leipzig —, London 3, Paris 3½, Petersburg 6, Wien 4 pCt.

Bank- u. Kredit-Aktien.

Badische Bank	4	116,10 G
Bk. f. Rheinl. u. Westf.	4	99,00 G
Bk. f. Sprit- u. Pr.-H.	4	82,00 bzB
Berl. Handels-Ges.	4	110,75 bzG
do. Kassen-Verein	4	200,75 G
Breslauer Disk.-B.	4	90,25 bzG
Centralbk. f. B.	4	
Centralbk. f. J. u. H.		
Coburger Kredit-B.	4	85,40 bz
Cöln. Wechslerbank	4	97,00 bzG
Danziger Privatb.	4	109,00 B
Darmstädter Bank	4	160,40 bz
do. Zettelbank	4	106,40 bz
Dessauer Creditb.	4	100,00 B
do. Landesbank	4	119,25 bz
Deutsche Bank	4	153,20 bzG
do. Genossensch.	4	128,75 G
do. Hyp.-Bank.	4	90,00 G
do. Reichsbank.	4½	149,50 bzG
Disconto-Comm.	4	206,50 bz
Geraer Bank	4	96,25 G
do. Handelsb.	4	91,00 B
Gothaer Privatbk.	4	118,00 bz
do. Grundkredb.	4	86,90 G
Hypothek (Hübner)	4	
Königsb. Vereinsb.	4	95,50 G
Leipziger Creditb.	4	152,25 bzG
do. Discontob.	4	112,90 bzG
Magdeb. Privatb.	4	116,25 B
Meckl. Bodencred.	4	
do. Hypoth.-B.	fr.	95,00 G
Meining. Creditbk.	4	95,00 bzG
do. Hypothekenbk.	4	91,60 bz
Niederlausitzer Bank	4	93,75 B
Norddeutsche Bank	4	157,57 G
Nordd. Grundkredit	4	51,75 G
Oesterr. Kredit	4	
Petersb. Intern. Bk.	4	92,80 bz
Posen. Landwirthsch	4	79,50 G
Posener Prov.-Bank		122,00 bzB
Posener Spritaktien	4	67,60 bzB
Preuß. Bank-Anth.	4½	
do. Bodenkredit	4	110,25 bzG
do. Centralbdn.	4	124,50 bzG
do. Hyp.-Spielh.	4	80,50 G
Produkt.-Handelsbk	4	75,50 bzG
Sächsische Bank	4	122,50 G
Schaaffhaus. Bankv.	4	85,50 bzG
Schles. Bankverein	4	108,40 G
Südd. Bodenkredit	4	135,25 bz

Industrie-Aktien.

Brauerei Patzenhof.	4	
Dannenb. Kattun.	4	
Deutsche Baugef.	4	58,00 bz
Dtsch. Eisenb.-Bau	4	
Dtsch. Stahl- u. Eis.	4	
Donnersmarckhütte	4	62,25 bzB
Dortmunder Union	4	12,50 B
Egells Masch.-Akt.	4	5,10 B
Erdmannsd. Spinn.	4	29,75 B
Floraf. Charlottenb.	4	
Frist u. Roßm. Näh.	4	93,60 bz
Gelsenkirch.-Bergw.	4	130,50 bzG
Georg-Marienhütte	4	89,00 bz
Hibernia u. Shamr.	4	87,30 G
Immobilien (Berl.)	4	83,00 G
Kramsta, Leinen-F.	4	9,90 bz
Lauchhammer	4	26,70 bz
Laurahütte	4	119,50 bzG
Luise Tiefb.-Bergw.	4	35,00 bzB
Magdeburg. Bergw.	4	115,00 bz
Marienhüt. Bergw.	4	44,00 B
Menden u. Schw. B.	4	60,50 bzG
Oberschl. Eis.-Bed.		55,00 bzG
Oelheim. Petrol.-A.	4	82,00 bzG
Phönix B.-A. Lit. A	4	84,50 bz
Phönix B.-A. Lit. B.	4	
Redenhütte conf.	4	96,25 bzG
Rhein.-Nass. Bergw.	4	68,30 G
Rhein.-Westf. Ind.	4	
Stobwasser Lampen	4	20,75 B
Unter den Linden	4	11,00 G
Wöhlert Maschinen	4	5,60 bzG

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Mastricht	4	5375, bzG
Altona-Kiel	4	219,00 bzB
Bergisch-Märkische	4	125,75 bzB
Berlin-Anhalt	4	151,60 bz
Berlin-Dresden	4	17,00 bzB
Berlin-Görlitz	4	35,90 bzG
Berlin-Hamburg	4	360,00 G
Bresl.-Schw.-Frbg	4	105,30 bz
Hall.-Sorau-Guben	4	19,75 bzB
Märkisch-Posener	4	37,50 bz
Magdeburg-Leipzig	4	
do. do. Lit. B.	4	
Nordhausen-Erfurt	4	28,60 bz
Oberschl. Lit. A u. C.	3½	247,00 bzG
do. Lit. B.	3½	186,00 bzB
Ostpreuß. Südbahn	4	86,90 bzG
Rechte Oderuferb.	4	179,25 bz
Rhein-Nahebahn	4	18,50 bzG
Stargard-Posen	4½	102,80 B
Thüringische	4	
do. Lit. B. v. St. gar	4	101,75 G
do. Lit. C. v. St. gar	4½	115,10 G
Ludwigsh.-Bexbach	4	204,75 bzG
Mainz-Ludwigsh.	4	105,00 bz
Weimar-Geraer	4½	51,10 bzG
Albrechtsbahn	5	35,00 bzG
Amsterd.-Rotterd.	4	143,90 bz
Aussig-Teplitz	4	253,00 bzG
Böhm. Westbahn	5	133,00 bzG
Brest-Grajewo	5	
Dux-Bodenbach	4	145,75 bzG
Elisabeth-Westbahn	5	89,60 G
Kais. Franz Joseph	5	83,10 bz
Gal. (Karl Ludwig.)	5	135,90 bz
Gotthard-Bahn 95	5	
Kaschau-Oderberg	4	63,50 G
Lüttich-Limburg	4	13,10 bzG
Oestr.-frz. Staatsb.	4	
do. Nordw.-B.	5	352,00 bz
do. Litt. B. Elb.	4	
Reichenb.-Pardubitz	4½	66,60 bzB
Kronpr. Rud.-Bahn	5	71,50 bz
Rjask-Wyas	5	
Rumänier	3½	59,75 bz
do. Certifikate	4	
Russ. Staatsbahn	5	129,40 bz
do. Südwestbahn	5	59,50 bz
Schweizer Unionb.	4	50,80 bzG
Schweizer Westbahn	4	29,75 bzB
Südösterr. (Lomb.)	4	
Turnau-Prag	4	158,25 bz
Warschau-Wien	4	197,75 bz

Eisenbahn-Stammprioritäten.

Berlin-Dresden	5	43,50 bzG
Berlin-Görlitzer	5	100,75 G
Halle-Sorau-Gub.	5	81,40 bz
Märkisch-Posen	5	120,50 bzG
Marienb.-Mlawka	5	116,25 bzG
Münster-Enschede	5	27,80 bzG
Nordhausen-Erfurt	5	96,10 bzG
Oberlausitzer	5	60,50 bzG
Oels-Gnesen	5	63,50 bzG
Ostpreuß. Südbahn	5	105,75 bzG
Posen-Creuzburg	5	80,40 bz
Rechte Oderuf.-Bahn	5	177,25 bz
Rumänische	8	
Saalbahn	5	76,25 bz
Saal-Unstrutbahn	3	
Tilsit-Insterburg	5	85,75 bzG
Weimar-Geraer	5	43,25 bz

Staatsbahn-Aktien.

Brl.-Potsd.-Magd.	4	
Berlin-Stettin	4½	117,75 G
Cöln-Minden	6	
Magd.-Halberstadt	3½	89,30 bzB
Mgd.-Halbst. B. abg.	3½	
do. B. unabg.	3½	89,25 G
do. C. do. abg.	5	127,20 G
Munster-Hamm	4	
Niederschl.-Märk.	4	100,50 G
Rhein. St.-A. abg.	6½	163,70 bzG
do. neue 4proc.	5	162,70 bz
do. Lit. B. gar.	4	101,50 bz

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Aach.-Mastricht	4	
do. do. II.	5	
do. do. III.	5	
Berg.-Märkische I.	4½	
do. II.	4½	
do. III. v. St. g.	3½	93,70 bz
do. do. Litt. B.	3½	93,70 bz
do. do. Litt. C	3½	93,70 bz
do. IV	4½	
do. V	4½	103,25 bzB
do VI	4½	104,20 bz
do. VII	4½	102,80 G
Aachen-Düsseldf. I	4	
do. do. II	4	
do. do. III	4½	
do. Düss.-Elb.-Pr	4	
do. do. II	4½	
do. Dortm.-Soest	4	100,50 G
do. do. II	4½	102,40 bz
do. Nordb. Fr. W	4½	102,90 G
do. Ruhr.-K.-G. I	4½	
do. do. II	4½	
do. do. III	4	
Berlin-Anhalt A.	4½	103,20 bzB
do. B.	4½	103,20 bzB
do. Litt. C.	4½	103,20 bzB
Berlin-Görlitz	4½	
do. do. Litt. B.	4½	103,00 B
Berlin-Hamburg I.	4	100,75 G
do. do. II	4	100,75 G
do. do. III	4½	103,80 bz
Brl.-Ptsd.-M. A. B	4	
do. do. C.	4	101,25 B
do. do. D	4½	103,70 B
do. do. E	4½	103,00 G
Berlin-Stettin I	4½	
do. do. II	4	100,90 G
do. do. III.	4	100,90 G
do. IV. v. St. g	4	100,90 G
do. VI. do.	4	
do. VII.	4½	
Bresl.-Schw.-Freib.	4½	
do. do. Litt. G.	4½	
do. do. Litt. H	4½	103,10 G
do. do. Litt. I	4½	103,10 G
do. do. 1876	5	106,25 B
Cöln-Minden IV.	4	100,80 bzG
do. do. V	4	100,80 bzG
do. do. VI.	4½	104,50 B
Halle-Sorau-Guben	4½	103,60 bz
do. do. C.	4½	103,60 bz
Hannov.-Altenbk. I.	4½	
do. do. II.	4½	
do. do. III.	4½	
Märkisch-Posener	4½	
Mainz-Ludwigsh.	4½	103,00 G
do. do.	5	105,90 bz
Magd.-Halberstadt	4½	
do. do. de 1861	4½	102,75 bzG
do. do. de 1873	4½	102,75 bzG
do. Leipz. A.	4½	105,50 B
do. do. B.	4	101,50 B
do. Wittenberge	4½	
do. do.	3	
Niederschl.-Märk. I.	4	100,60 G
do. II. a 62½ thlr.	4	101,00 bzB
do. Obl. I. u. II.	4	100,60 G
do. do. III conv.	4	
Oberschlesische A.	4	
Oberschlesische B.	3½	
do. C.	4	100,60 bzG
do. D.	4	100,60 bzG
do. E.	3½	
do. F.	4½	
do. G.	4½	103,60 bz
do. H.	4½	103,80 bzB
Oberschles. v. 1873	4	
do. v. 1874	4½	105,90 G
Brieg-Neisse	4½	
do. Cos.-Oderb.	4	
do. Nied.-Zwgb.	3½	
do. Starg.-Pos.	4	102,60 bzG
do. do. II.	4½	103,10 B
do. do. III.	4½	103,10 B
Oels-Gnesen	4½	102,75 B
Ostpreuß. Südbahn	4½	102,75 bz
do. Litt. B.	4½	102,75 bz
do. Litt. C.	4½	102,75 bz
Posen-Creuzburg	5	
Rechte-Oder-Ufer	4½	104,00 B
Rheinische	4	
do. v. St. gar	3½	
do. v. 1858, 60	4½	102,80 G
do. v. 1862, 64	4½	102,80 G
do. v. 1865	4½	102,80 G
do. 1869, 71, 73	4½	102,80 G
do. v. 1874, 77	4½	
Rh.-Nahe v. St. g.	4½	100,40 bz
do. II. do.	4½	100,40 bz
Schleswiger	4½	102,75 G
Thüringer I.	4	101,25 B
do. II.	4½	103,25 bz
do. III.	4	101,25 B
do. IV.	4½	103,25 B
do. V.	4½	103,00 G
do. VI.	4½	102,80 B

Ausländische Prioritäten.

Elisabeth-Westbahn	5	86,90 bz
Gal. Karl-Ludwigb.	4½	85,25 bzB
do. do. II.	5	
do. do. III.	5	
do. do. IV.	5	
Lemberg-Czernow. I	5	80,40 G
do. II.	5	86,00 G
do. III.	5	82,10 G
do. IV.	5	81,70 bzG
Mähr.-Schl. C.-B.	fr.	59,75 bzB
Oesterr.-Frz.-Stab.	3	383,00 G
do. Ergänzsb.	3	359,90 B
Oesterr.-Frz.-Stsb.	5	105,70 bzB
do. II. Em.	5	105,70 bzB
Oesterr. Nordwest.	5	87,90 bzG
Oest. Nrdwstb. Lit. B	5	87,20 G
do. Geld-Priorit.	5	
Kaschau-Oderb. gar.	5	83,60 bzB
Kronpr. Rud.-Bahn	5	85,00 bzB
do. do. 1869	5	84,90 bz
do. do. 1872	5	84,90 bz
Rab-Graz Pr.-A.	4	94,25 G
Reichenb.-Pardubitz	5	86,30 G
Südösterr. (Lomb.)	3	286,90 bzB
do. do. neue	3	287,00 bzG
do. do. 1875	6	
do. do. 1876	6	
do. do. 1877	6	
do. do. 1878	6	
do. do. Oblig.	5	101,70 bz
Brest-Grajewo	5	84,50 G
Charkow-Asow g.	5	88,50 bzG
do. in Lstr. a 20	5	83,90 bzG
Chark.-Krementsch.	5	
Jelez-Orel, gar.	5	
Koslow-Woron. gar	5	92,20 bz
Koslow-Woron. Ob.	5	79,00 bz
Kursk-Chark. gar.	5	88,00 bzG
K.-Chark.-As. (Obl.)	5	80,00 bz
Kursk-Kiew, gar.	5	96,75 bz
Losowo-Sewast.	5	77,00 bz
Mosko-Rjäsan, g.	5	100,90 bz
Mosk.-Smolensk, g.	5	91,00 bzB
Schuja-Iwanow.	5	88,25 bz
Warsch.-Teresp., g.	5	90,60 bz
do. kleine, g.	5	91,00 bz
Warschau-Wien II.	5	102,00 G
do. III.	5	101,70 G
do. IV.	5	101,70 G
Zarskoe-Selo	5	60,40 bz

Druck und Verlag von W. Decker & Co. (E. Röstel) in Posen.